

Hat die Weiterbildung noch Perspektiven?

THOMAS OPPERMANN*

Die Weiterbildung hat in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Die schnelle technologische Entwicklung und die Ausdifferenzierung der kulturellen, politischen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft erfordern hohe Mobilität und ständige Weiterbildung; die Situation auf dem Arbeitsmarkt läßt den Erwerb von Schlüsselqualifikationen in einem Prozeß lebenslangen Lernens immer wichtiger werden.

Gleichzeitig hat die Konkurrenz der „Anbieter“ auf dem „Markt“ der Erwachsenenbildung ständig zugenommen; immer mehr Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen werben mit ihren Angeboten. Das ist eine Entwicklung, die ihre guten Seiten hat: Die Angebotsvielfalt wird größer, und die Qualität nimmt zu. Es gibt aber auch problematische Seiten: Die Werbung um die begrenzte Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kann zu „reißerisch“ aufgemachten Seminarangeboten und zu einem Verdrängungswettbewerb mit ungewollten Folgen führen, weil Anbieter aus dem möglichst breit zu haltenden Spektrum ausscheiden. Deshalb muß

der demokratisch legitimierte Staat die finanziellen, aber auch die inhaltlichen Rahmenbedingungen definieren und kontrollieren.

Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen:

In welche Richtung soll die künftige Entwicklung der Weiterbildung verlaufen? Welche Perspektiven hat die Weiterbildung? Als Antwort sollen sechs Punkte genannt werden.

1. Weiterbildung muß auch in Zukunft eine staatliche Aufgabe sein.

Die Einrichtungen halten ein flächendeckendes, vielfältiges Grundangebot an Weiterbildung vor, damit gewährleisten sie die Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit. Gleichzeitig wird so der öffentliche Zugang für jedermann sowie Offenheit auch hinsichtlich aller Themen und Methoden garantiert.

2. An der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung muß festgehalten werden.

Der Gesamtbereich der Weiterbildung ist neben Schule, Hochschule und beruflicher Bildung als gleichberechtigter Teil des öffentlichen Bildungssystems und damit als öffentliche Aufgabe anzusehen. Die öffentliche Aufgabe „Weiterbildung“ bedeutet deshalb: Gemeinsame Verantwortung von Ländern, Kommunen und den Trägern der Weiterbildung.

3. Pluralität sichert eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung vor Ort.

Weiterbildung auf kommunaler und regionaler Ebene ist durch das Nebeneinander einer Vielzahl von unterschiedlichen Trägern und Einrichtungen gekennzeichnet. Diese bestehende Pluralität ist ausdrücklich zu befürwor-

ten. Bedarfsgerechte Weiterbildung ist auf der Grundlage öffentlicher Verantwortung und Rahmenplanung nur über ein plurales System bei weitgehender Freiheit der Lehre möglich.

Weiterbildung verträgt keinen staatlichen Dirigismus, keine Steuerung oder Reglementierung von außen. Sie bedarf allerdings der Rechtssicherheit und langfristigen Planungssicherheit. Dazu gehört vor allem eine gesicherte finanzielle Förderung.

4. Mehr betriebswirtschaftliches Denken erscheint notwendig.

Bildung und Ökonomie sind keine Gegensätze, obgleich sie in der Weiterbildung häufig als Gegensatzpaar verwendet werden. Wenn die „Sprache der Ökonomie“ in der Weiterbildungslandschaft Verwendung findet, wenn von Betriebslehre, Marketing oder Kostenrechnung die Rede ist, ist bei den Verantwortlichen noch immer vielfach Unbehagen festzustellen. Befürchtet wird zu meist der Verlust bildungspolitischer Ziele und Ansprüche zugunsten einer Kommerzialisierung oder Privatisierung der öffentlichen Weiterbildung. Solche Argumentationen nähren das Vorurteil, daß Bildung und Ökonomie in klassischem Widerspruch stehen. Daß dem nicht so ist oder nicht so sein muß, hierfür bedarf es noch eines großen Diskussions- und Aufklärungsprozesses.



* Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

5. Konsolidierung ist vor allem durch Wachstum und Entwicklung zu erreichen.

Kürzungen und Gebührenerhöhungen sind kontraproduktiv. Angebotsreduzierungen bzw. Gebührenerhöhungen schaden insgesamt der Sache mehr, als daß sie nützen. Nachgedacht werden muß allerdings über Möglichkeiten einer stärkeren Profilbildung und Akzentsetzung, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dabei sind die bestehenden Konzepte zu überdenken und vor dem Hintergrund des jeweiligen örtlichen bzw. regionalen Bedarfes und der besonderen Bedingungen eigene Leitbilder zu entwickeln, mit Aufgabenstellungen und Zielsetzungen.

Als Fazit der bisherigen Ausführungen bleibt festzuhalten:

Die Bedeutung der Weiterbildung wird nicht geringer werden. Angesichts der vor uns liegenden Aufgaben wird die Notwendigkeit von Weiterbildung eher noch zunehmen.

6. Zukunft des Bildungsurlaubs.

In einer Zeit des schnellen Wandels bewirken gesellschaftliche, ökonomische und technische Änderungen, daß wir im Berufs- wie auch im Alltagsleben mit neuen Anforderungen konfrontiert werden.

Bei der Bewältigung dieser Anforderungen vermittelt Bildung Kenntnisse und Fertigkeiten, die am Arbeitsplatz oder im Alltagsleben eingesetzt werden können. Gleichzeitig werden Kompetenzen vermittelt, die die

Menschen befähigen, an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen mitzuwirken.

Die seit 1975 in Niedersachsen bestehende Möglichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen Bildungsurlaub zu beantragen, ist ein wichtiges Element unseres Bildungssystems.

Konflikte um die Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs beruhen häufig auf der Befürchtung, nicht alle gesetzlichen Normen des Erwachsenenbildungsgesetzes (EBG) und Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes (NBildUG) könnten eingehalten werden. Auch die Tatsache, daß die Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs für die betroffenen Betriebe und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit erheblichen Kosten verbunden ist, verlangt einen verantwortlichen Umgang mit diesem Recht. Wer seinen Bildungsurlaub mißbraucht oder wer als Veranstalter dem Mißbrauch Vorschub leistet, setzt diese bildungspolitische Erregenschaft aufs Spiel.

Um Mißbräuche bei der Inanspruchnahme von Bildungsurlaub auszuschließen, muß jede Bildungsveranstaltung als freistellungsfähig anerkannt werden.

Durch § 11 Abs. 2 NBildUG ist sichergestellt, daß Freizeitveranstaltungen und sogenannte Hobbykurse, aber auch Selbsterfahrungskurse, autogenes Training, Yoga u. ä. von der Anerkennung als Bildungsurlaub ausgeschlossen sind. Nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers läßt diese Bestimmung jedoch Veranstaltungen, die der beruflichen Weiterbildung oder der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher oder nebenberuflicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen, unberührt. Hierzu gehören z. B. auch die Aus- oder Fortbildung von Sportübnungsleitern, Trainern und Chorleitern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an solchen Veranstaltungen erwerben die zur Übernahme solcher Funktionen erforderlichen Qualifikationen nicht für ihre private Freizeitgestaltung, sondern für den Dienst an der Allgemeinheit. Durch den Besuch entspre-

chender Bildungsurlaubsveranstaltungen soll das Ehrenamt in unserem Gemeinwesen gestärkt werden.

Über die Notwendigkeit der politischen Bildung bedarf es angesichts der täglichen Meldungen über Ausbrüche von Haß und Gewalt gegenüber Minderheiten keiner besonderen Hinweise.

Der Landesausschuß für Erwachsenenbildung hat am 01.12.1993 „Leitsätze zur Durchführung von Bildungsurlaubsveranstaltungen“ beschlossen, die sich als Selbstverpflichtung der Träger verstehen und in erster Linie der Qualitätssicherung dienen.

Somit ist sichergestellt, daß die gesetzlichen Regelungen die Anerkennung von Veranstaltungen mit urlaubsähnlichem Charakter ausschließen.

In elf Bundesländern gibt es Bildungsurlaubsgesetze. Außer in Niedersachsen sind nur noch in Bremen und Schleswig-Holstein neben der politischen und beruflichen Bildung auch Veranstaltungen der allgemeinen Bildung freistellungsfähig. Im Rahmen der Novellierung des NBildUG im Jahre 1991 ist - auch auf Wunsch aller Fraktionen - an dieser Regelung festgehalten worden. Es ist in der Bildungspolitik, -praxis und -forschung weitgehend unbestritten, daß die Unterscheidung in berufliche und allgemeine Bildung überholt und daher zu Gunsten einer Integration aller Bildungsarten aufzugeben ist. Insbesondere von der Wirtschaft wird anerkannt, daß zur beruflichen Kompetenz nicht nur spezielle fachliche, betriebliche Qualifikationen, sondern in zunehmendem Maße extrafunktionale, allgemeine Kenntnisse und Fähigkeiten (sog. Schlüsselqualifikationen) gehören. Gerade die Rationalisierung und Computerisierung der Arbeitswelt steigern die Bedeutung arbeitsplatzspezifischer Motivationen wie Sorgfalt, Verantwortungsbewußtsein, soziale Kompetenz sowie allgemeiner Fertigkeiten wie technische Intelligenz, Menschenführung, Kommunikation.



Wie weiter mit dem Bildungsurlaub?

Ein Gespräch mit **Wolfgang Wulf (SPD)** und **Brigitte Litfin (Bündnis 90/Grüne)**, SprecherInnen ihrer Landtagsfraktionen für Erwachsenenbildung

HARTMUT HORN UND BERND RUNGE*

„Irre! Fußball als Bildungsurlaub“ lautete die Schlagzeile der BILD am Sonntag, 14.7.98. Der Artikel kritisierte ein BU-Angebot der Ev. HVHS Bederkesa, das sich während der Fußball-WM mit der Welt des Fußballs „zwischen Spiel, Kommerz und Politik“ auseinandersetzte. Er ließ das Seminar als Freizeitveranstaltung erscheinen, für die weder eine Freistellung noch eine öffentliche Förderung gerechtfertigt sei.

Voraus ging eine Presseerklärung des Bundes der Steuerzahler, in der die Anerkennung des Seminars als Bildungsurlaub kritisiert und die Freistellung von ArbeitnehmerInnen scharf gerügt wurde, versehen mit einer Anmerkung, Bildungsurlaub solle allenfalls als berufliche Weiterbildung gerechtfertigt sein.

Eine Reihe von Presseberichten folgte, Stellungnahmen des Ministers und der Parteien. Der Bildungsurlaub war (mal wieder) in der Diskussion - und in den Schlagzeilen.

Ein Sturm im Wasserglas? Für das nbeb-Magazin war die skizzierte Auseinandersetzung Anlaß, die SprecherInnen für Erwachsenenbildung der Landtagsfraktionen zu einer Diskussion über die Situation des Bildungsurlaubs und der politischen Bildung einzuladen.

nbeb-MAGAZIN: *Wie bewerten Sie rückblickend und mit etwas Abstand die Vorgänge um den „Fußball-Bildungsurlaub“?*

W. Wulf (SPD): Ich würde sagen, „viel Lärm um wenig“ ist die passende Klassifizierung. Es hat viel Aufregung gegeben, verursacht vor allem durch die Presse, insbesondere durch die BILD-Zeitung. Hätte man sich das Programm genau angesehen, dann hätte man feststellen können, daß es sich hier selbstverständlich nicht um eine Freizeitveranstaltung handelte. Es ging vielmehr darum, die Probleme zu behandeln, die mit dem Fußball in unserer Gesellschaft zusammenhängen. Problematisch war vielleicht die von eini-

gen als „reißerisch“ empfundene Ankündigung der Heimvolkshochschule Bederkesa. Das wage ich nicht zu beurteilen. Ich selbst habe sie nicht als reißerisch empfunden, manche haben es getan. Das ist eher eine Klassifizierung, die aus subjektiven Interessen entspringt, hier etwas „hochzuziehen“. Wenn man sich das vorgelegte Programm genau ansieht, so hat es eindeutig den Anerkennungskriterien genügt, insbesondere z. B. mit der Lernzielformulierung: „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen lernen, Fußball nicht nur als Spiel zu sehen, sondern die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung von Fußball zu erkennen“. Das ist absolut in Ordnung, und auch das Programm selbst, wenn man es im einzelnen betrachtet, ist sinnig. Das Problem ist, daß alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung in einer Marktsituation stehen und von daher auch darauf angewiesen sind, Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu gewinnen, wobei sie manchmal vielleicht zu Maßnahmen greifen, die im nachhinein gesehen nicht ganz glücklich sind. Aber das ist der einzige problematische Tatbestand, den ich in diesem Kontext sehen würde. Da muß sich die Einrichtung einfach fragen, ob es die richtige Form war oder ob man nicht auch eine andere Form hätte wählen können. Dies ist in den ersten Stellungnahmen des Ministers auch so zum Ausdruck gebracht worden.

B. Litfin (Bündnis 90/Grüne): Ich denke nicht, daß die BILD-Zeitung das Medium ist, das überhaupt eigene Ideen entwickelt. Dahinter stand der Bund der Steuerzahler. Das sind durchaus gebildete Menschen, die von sich meinen, sie haben zu bestimmen, wofür das Geld der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen ausgegeben wird. Von dieser Seite aus ging der ganze Aufstand ja los. Ich bewerte das Seminar wie Wolfgang Wulf, denke aber, daß die Erwachsenenbildung im Moment in einer schwierigen und auch

sehr sensiblen Situation ist. Dies hat auch damit zu tun, daß durch das ganze „höher, schneller, weiter“, das in der Bevölkerung herrscht, aber auch von der Politik ein Stück weit vorgegeben wird, die Inhalte der politischen Bildung, auf die wir gemeinsam - rot und grün - bei der Novellierung des EBG Wert gelegt haben, den Bach runterzugehen drohen. Für uns ist es momentan sehr schwer, diese Inhalte auch in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Und so hat auch Minister Oppermann in einer seiner Stellungnahmen geschrieben, die Erwachsenenbildung müsse im Kern berufliche Fertigkeiten und Schlüsselqualifikationen vermitteln. Das ist ja nicht unbedingt das, was das Erwachsenenbildungsgesetz formuliert, sondern die politische Bildung hat dort einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Vielleicht wäre es in der schwierigen gesellschaftlichen Situation tatsächlich besser gewesen, dieses Seminar doch etwas anders anzukündigen. Unterm Strich ist es aber gut und richtig, die bildungswilligen Menschen da abzuholen, wo sie stehen.

nbeb-MAGAZIN: *Es gab ein großes Medienecho, und es wurde von politischer Seite entsprechend reagiert. Aber dies geschah von Anfang an eigentlich in einer Verteidigungshaltung. Wie beurteilen Sie dieses Szenario?*

W. Wulf: Es ist schon richtig, daß offensichtlich alles, was mit Erwachsenenbildung zu tun hat, häufig sehr schnell pauschal beurteilt wird, in den Bereich der Freizeit hineingeschoben und nicht ernstgenommen wird. Woran liegt das? Das liegt nicht nur an denjenigen, die diese Vorwürfe erheben, sondern möglicherweise auch an der Erwachsenenbildung selbst. Ihr täte es gut, mit mehr Selbstbewußtsein an die Sache heranzugehen, und das, was man selber erreicht hat und

* H. Horn ist päd. Mitarbeiter des VNB

B. Runge ist päd. Mitarbeiter des Landesvolkshochschulverbandes



erreichen will, besser zu verkaufen. In dem konkreten Fall war es natürlich so, daß es eine absolute Medieninszenierung gab, die dann im Lauf der Woche in sich zusammenbrach. Am Ende waren es nur zwei Zeitungen, die überhaupt noch von diesem Seminar berichteten. Und ich möchte hier darauf hinweisen, daß laut Evangelischer Zeitung vom 28.06. ein 63-jähriger Rentner bei einer Teilnehmerbefragung gesagt hat: „Eine Strafe ist das. Wäre ich zu Hause geblieben, hätte ich mehr gesehen“. Ich denke, das ist Auszeichnung genug für dieses Seminar.

nbeb-MAGAZIN: *Zum Verhältnis von Medien und Politik gefragt: Wäre es nicht möglich, wirklich selbstbewußter, offensiver auf so eine Vorgabe der Medien zu reagieren?*

B. Litfin: Das ist relativ schwierig, weil ja auch wir Politikerinnen und Politiker von den Medien abhängig sind und die Medien oft bestimmen, was interessant ist. Wenn wir irgendeinen starken Spruch vorgeben, irgend jemanden beleidigen, irgendwas „runtermachen“, wird das als interessant empfunden, und es gibt garantiert eine Veröffentlichung. Wenn wir aber differenziert, sensibel, problemorientiert und nicht so laut an die Probleme herangehen, dann haben wir oft keine Resonanz in den Medien. Ich denke, daß sich hier eine Verarmung der Medienlandschaft insgesamt zeigt. Da gibt es maximal 3-Minuten-Beiträge, und nach einer Woche, wenn es gut geht nach 14 Tagen, ist alles schon wieder vergessen. Denken wir nur an die DVU-Debatte: Die hat 14 Tage nach der Wahl in Sachsen-Anhalt stattgefunden, und jetzt passiert nichts mehr. Und es wird auch in Zukunft relativ wenig passieren, um das Phänomen angemessen zu untersuchen und Gegenstrategien zu entwickeln. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, da herauszukommen. Ich fürchte, daß die Politiker, die das so sehen wie ich, gemeinsam nicht stark genug sind, um dem etwas entgegensetzt-

zen. Die Medienlandschaft ist einfach stärker, und die Menschen sind oft auch eher geneigt, diese kurzen, knappen, klaren Hauptsätze aufzunehmen, und die bleiben ihnen dann auch im Kopf: „Weiterbildung heißt Bali, und Bildungsurlaub heißt Fußballweltmeisterschaft.“

W. Wulf: Vielleicht hierzu noch ein Beispiel: Minister Oppermann hat eine Presseerklärung herausgegeben, in der er wortwörtlich sagt: „Mit dem Angebot eines Fußballseminars kann man für die Erwachsenenbildung im Land auch ein Eigentor schießen.“ Was macht die HAZ daraus? „Minister: Fußballseminar war ein Eigentor“. Das ist durchaus typisch: Eine Möglichkeit wird als Behauptung wiedergegeben.

nbeb-MAGAZIN: *Wenn Sie das Verhältnis von politischer Bildung und gesellschaftlicher Modernisierung sehen: Welchen Stellenwert räumen Sie in diesem Modernisierungsprozeß der politischen Bildung ein?*

B. Litfin: Für mich ist politische Bildung gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation so wichtig wie nie zuvor. Das fängt an den Schulen an und hört in der Erwachsenenbildung noch lange nicht auf. Ich beobachte, daß immer mehr Menschen von der Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ausgeschlossen sind, daß immer mehr von dem, was man als soziale Kompetenzen bezeichnen könnte, verlorengelht und daß wir immer weniger „Polis“, also auch Gemeinschaft, sind. Da hätte ich tatsächlich gern noch mehr Bildungsangebote, die versuchen, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten. Ob das gelingt, weiß ich nicht, aber ich denke, wir müssen zu allen Mitteln greifen, die wir haben, um die Gesellschaft sehr viel stärker als es jetzt der Fall ist, zu politisieren, um tatsächlich auch teilzuhaben und sich einzumischen.



W. Wulf: Im Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung hat die politische Bildung eine ganz zentrale Funktion. Wir werden um einige weniger angenehme Entwicklungen nicht herumkommen. Aber es kommt darauf an, sich immer wieder daran zu erinnern, was eigentlich die Aufgabe der politischen Bildung ist, nämlich anzuknüpfen an den tagtäglichen Erfahrungen der Menschen und Zusammenhänge deutlich zu machen, mit dem Ziel, daß die Menschen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Handelns erkennen und auch erkennen, was sie persönlich tun können, um eine schlechte Situation in eine für sie bessere zu verwandeln.

nbeb-MAGAZIN: *Zurück zum Bildungsurlaub: Die Forderungen an die Aufgaben des Bildungsurlaubs bewegen sich zwischen zwei Polen. Einerseits soll der Bildungsurlaub allenfalls der beruflichen Weiterbildung dienen, andererseits soll er gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse fördern. Wenn Sie die beiden Polen sehen, wo liegt nach Ihrem Verständnis die Aufgabe des BU? Und was sollte aus Sicht der Politik von der Erwachsenenbildung geleistet werden?*

W. Wulf: Der Bildungsurlaub ist von uns bewußt so gestaltet worden, daß berufliche Bildung ebenso wie allgemeine, kulturelle und politische Bildung durchgeführt werden kann. Er bietet eine Form, in der sich Menschen auch mit Dingen beschäftigen können, mit denen sie sonst in ihrer beruflichen Tätigkeit nicht konfrontiert sind. Er räumt ihnen bewußt die Möglichkeit ein, andere, neue Felder in der Gesellschaft kennenzulernen. Wenn man das auf berufliche Weiterbildung reduzieren würde, dann wäre das nicht das, was mit dem Bildungsurlaub beabsichtigt ist. Selbstverständlich kann und soll der Bildungsurlaub auch der beruflichen Weiterbildung dienen. Es wird sicherlich auch so sein, daß mehr und mehr Menschen den Bildungsurlaub zur beruflichen Weiterbildung nutzen werden. Im übrigen müssen wir sehen, daß die verschiedenen Kampagnen der letzten Jahre dazu geführt haben, daß die Zahl der Menschen, die das Recht auf Bildungsurlaub wahrnehmen, gesunken ist: 1995 waren es 51.000 Männer und Frauen, 1996 47.000, obwohl auf der anderen Seite die

Veranstaltungsangebote sich in den letzten 16 Jahren verdreifacht haben.

B. Litfin: Ich sehe die Aufgaben des Bildungsurlaubs genauso, und es ist nach wie vor wichtig, diese Aufgaben zu verteidigen. Die Abnahme der TeilnehmerInnen-Zahl liegt auch daran, daß immer mehr Menschen sich gar nicht trauen, bei ihrem Arbeitgeber nachzufragen bzw. anzumelden, daß sie Bildungsurlaub haben wollen, weil die Angst um den Arbeitsplatz inzwischen größer ist als alles andere. Es gibt die Befürchtung, daß Nachteile entstehen können, wenn ein Bildungsurlaub nicht der unmittelbaren Qualifizierung oder Weiterqualifizierung für den ausübten Job dient.

nbeb-MAGAZIN: *Sie haben die Nachfrageseite angesprochen. Aber es gibt auch Folgen für die Angebotsseite: Als Einrichtung fragt man sich etwa, warum sollen wir überhaupt noch solche Angebote machen, wenn wir uns möglicherweise Ärger einhandeln und die TeilnehmerInnen bedingt durch die skizzierte Situation ohnehin verstärkt auf Angebote zugreifen, die ausschließlich beruflich ausgerichtet sind?*

W. Wulf: Das ist augenblicklich eine ganz schwierige Situation für die Erwachsenenbildung. Einerseits gibt es eine Reduzierung der öffentlichen Finanzmittel, andererseits haben die Menschen weniger Geld in der Tasche. Wir wissen natürlich, daß höhere Teilnahmegebühren häufig erforderlich sind, um überhaupt über die Runden zu kommen. Und es stellt sich die Frage: Kommen die Leute überhaupt bei den Angeboten, die wir ihnen machen? Ist es das, was zieht? Und logischerweise neigen manche Einrichtungen dazu, eher die Veranstaltungen anzubieten, bei denen sie davon ausgehen können, daß sie damit auch Erfolg haben werden, etwa Computerkurse oder Sprach-Bildungsurlaube. Das sind in der Regel Angebote, die laufen, während Angebote der politischen Bildung nicht mehr die Massen anlocken werden. Da muß man, glaube ich, viel Phantasie entwickeln, sowohl methodisch-didaktisch als auch bezüglich der Werbung. Und das kann natürlich, wie wir an dem Beispiel gesehen haben, auch mal nach hinten losgehen.

B. Litfin: Das sind schöne Worte: Wir fordern mal wieder die eierlegende Woll-



milchsau. Die Frage ist nur, ob wir die Einrichtungen nicht auch überfordern, wenn wir sagen: haltet euer Angebot, so wie es ist, aufrecht und kassiert dann die Nackenschläge vom Bund der Steuerzahler oder von der Bild-Zeitung oder von Politikerinnen und Politikern, die gerade in Wahlkampfzeiten häufig nicht den Mut aufbringen, zu sagen: „Das war super, was die da gemacht haben.“ Vielleicht sollten wir uns gemeinsam vornehmen, im politischen Bereich einfach auch mal unpopulärer zu reagieren. Aber das ist natürlich gerade im Moment wahnsinnig schwer. Bei uns würde das wieder unter dem Motto verkauft „Tapfer kämpfen die Grünen gegen jede Stimme“. Für Gerhard Schröder wäre es z. B. ein ganz dicker fetter Minuspunkt gewesen, wenn er sich vorbehaltlos hinter dieses „Fußball-Seminar“ gestellt hätte. Aber ich will nach wie vor den hohen Stellenwert der politischen Bildung in der Erwachsenenbildungslandschaft erhalten wissen. Wir brauchen ihn dringend.

nbeb-MAGAZIN: *Anders herum gefragt: Was kann die Erwachsenenbildung von der Politik erwarten? Vielleicht läßt es sich am Schlüsselbegriff der Evaluation, der ja im Gesetz an zentraler Stelle steht, etwas konkretisieren. Wird Evaluation richtig betrieben, bringt sie Ergebnisse, die Handlungsbedarf, zumindest aber Diskussionsbedarf anzeigen: Wie soll Ihrer Meinung nach damit umgegangen werden? Kann man sich eine Art kontinuierlichen Verbesserungsprozeß vorstellen, und wie könnte er aussehen?*

W. Wulf: Wenn ich mir vor Augen führe, was in den letzten zwei Jahren von den Einrichtungen in diesem Sektor entwickelt worden ist, dann muß ich sagen, das ist eine gute Sache. Der Anstoß, den wir mit dem EBG gegeben haben, hat durchaus einen Selbstevaluierungsprozeß der Einrichtungen in Gang gebracht,

der positive Ergebnisse zeigt, wenn ich etwa an den Bericht von ARBEIT UND LEBEN denke, an einige Einrichtungen im VHS-Bereich oder aktuell an den Bericht des Landesverbandes der Volkshochschulen. Das geht schon in die richtige Richtung: selbstkritisch herangehen, erkennen, wo Mängel sind, aber natürlich auch betonen, wo positive Seiten sind und diese verstärken. Ob man das nun mit ISO 9000 macht oder ob man andere Verfahren nimmt, das ist mir letztlich egal. Wichtig ist, daß die Ergebnisse nicht wieder in der Schublade verschwinden, sondern ernstgenommen werden. Ich denke, da wird natürlich jede Einrichtung für sich Schlußfolgerungen ziehen, aber wir müssen diese auch verallgemeinern. Wir müssen das z. B. im Landesausschuß thematisieren und dabei auch Klartext reden.

B. Litfin: Wenn den Evaluationsberichten keine Veränderungen folgen würden, wären sie schlicht wertlos. Es kann nicht sein, daß man einen Bericht macht, der dann in der Schublade verschwindet. Das ist nicht die Idee, die dahintersteht. Sich selber kontinuierlich zu verbessern, ist beabsichtigt. Und ich denke nicht, daß es Aufgabe der Politik ist, da einzugreifen und zu sagen, wir haben jetzt aus eurem Evaluationsbericht diese oder jene Schlußfolgerung für euch gezogen. Ich erhoffe mir vielmehr, daß die Einrichtungen selber - auch in verstärkter Zusammenarbeit - an Verbesserungsprozessen arbeiten. Daß die Ergebnisse im Landesausschuß besprochen und beraten werden sollten, ist vollkommen klar. Wir werden mit dem Phänomen der leeren öffentlichen Kassen noch ein paar Jahre leben müssen. Das bedeutet, daß wir jede eingesetzte Mark möglichst effektiv nutzen müssen. Und dazu können die Träger der Erwachsenenbildung tatsächlich ihren Beitrag leisten. Denn es geht leider auch um Geld. Die Evaluationsforderungen sind letztendlich initiiert worden, weil die öffentlichen Kassen leer sind...

eb-MAGAZIN: *...ist das nicht eine Engführung...*

W. Wulf: ... das ist eine Verkürzung, ich sehe das nicht so ...

B. Litfin: ... aber seien wir doch realistisch und sagen: Not produziert auch Wendigkeit. Und man sieht an den Einrichtungen, daß das so ist.

nbeb-MAGAZIN: *Es gibt ja gewissermaßen eine „Nagelprobe“ in dem Moment, wo durch die Evaluation ein Problem, ein Veränderungsdruck aufgezeigt wird, der zu einer entsprechenden Forderung führt, die aber wiederum Geld kostet. Wie wird damit umgegangen? Ein Beispiel: Die Integration von AusländerInnen und SpätaussiedlerInnen ist nicht in den Gemeinwohkkatalog aufgenommen worden. Nun hat sich im Zusammenhang der Evaluation an diesem Punkt - vorsichtig formuliert - Diskussionsbedarf ergeben. Da kann natürlich nicht gleich das Gesetz novelliert werden, aber es muß festgestellt und gefragt werden: Was kann man in den engen Gestaltungsgrenzen machen?*

W. Wulf: Diese Diskussion haben wir natürlich geführt: Können wir in diesem Bereich, der früher gefördert wurde, etwas machen oder nicht? Die Befürchtung war, daß das ein so großes finanzielles Volumen darstellt, daß es alle anderen Punkte sprengen würde. Aus diesem Grund wurde dieser Aspekt nicht aufgenommen. Genau so wichtig wäre z. B. die Frage der Familienbildung, etwa die Möglichkeit der Kinderbetreuung in Veranstaltungen, das haben wir auch nicht mehr drin. Das war ein Punkt, der von vielen Einrichtungen bedauert wurde und der jetzt auch wieder auf den Tisch kommen wird. Wir müssen sehen, was wir mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, machen können: Was ist uns wichtig? Wo setzen wir, d. h. die Einrichtungen und die Politik, unsere Schwerpunkte? Was jetzt vorliegt, ist keine statische Festschreibung, sondern es muß immer wieder hinterfragt werden: Sind das jetzt wirklich die aktuellen gesellschaftlichen Aspekte, oder sind Veränderungen erforderlich? Wir haben in der Durchführungsverordnung eine Auflistung an Akzentuierungen, und wenn es sich ergeben sollte, daß aufgrund der Evaluationsprozesse dies oder jenes nicht mehr als Schwerpunkt gesehen wird, sondern eher etwas anderes, dann ist darüber zu reden.

B. Litfin: Gerade das Thema der Integration von AussiedlerInnen und AusländerInnen brennt natürlich auf den Nägeln. Es gibt relativ neue Studien, die belegen, daß die Bundesrepublik Deutschland zwar seit mindestens 40 Jahren Erfahrungen mit Migration hat, eine Inte-

gration aber nie richtig geklappt hat. Denn wie ließe sich sonst erklären, daß ein ganz hoher Teil von Kindern, deren Eltern oder sogar Großeltern ursprünglich aus Italien gekommen sind, in der Bundesrepublik die Sonderschulen besucht. Das gilt natürlich auch für andere Bevölkerungsgruppen, etwa die türkischen oder türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen. Es ist zu beobachten, daß viele Kinder und Jugendliche „absacken“. Und die Erwachsenen ziehen sich eher in Enklaven, in geschützte Räume zurück, wo sie dann nur mit ihren - ja auch ehemaligen - Landsleuten zusammen sind. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, wenn wir zu einem richtigen Miteinander kommen wollen. Andererseits muß ich auch sagen, es können keine zusätzlichen Mittel in Niedersachsen zur Verfügung gestellt werden: Sie sind einfach nicht da.

nbeb-MAGAZIN: *Sprechen wir noch eine andere Ebene an: Vor der Bundestagswahl wurde von verschiedenen Seiten ein Weiterbildungsrahmengesetz gefordert. Darin soll unter anderem auch ein Recht auf Weiterbildung verankert werden. Was halten Sie von diesen Überlegungen?*

B. Litfin: Ich denke, daß es ein Recht auf Weiterbildung gibt. Aber ich halte relativ wenig davon, für alles, was es so gibt, auch wieder neue Gesetze zu machen. Ich fürchte, diese Gesetze helfen nicht weiter. Wir müssen ein anderes, offeneres gesellschaftliches Klima schaffen, das mehr Leute in die Lage versetzt, die Angebote tatsächlich anzunehmen. Ich glaube, das ist viel wichtiger, als auf der Bundesebene ein Gesetz zu machen, in dem steht: „Jeder hat das Recht auf Weiterbildung“. Denn wenn die Leute sich aus den verschiedensten Gründen nicht trauen, Angebote wahrzunehmen, wird dieses gesetzlich verbriefte Recht auf Weiterbildung uns überhaupt nicht weiterhelfen und den Trägern auch nicht.

W. Wulf: Die Diskussion ist nicht neu. Es hat sie in den 60er und 70er Jahren immer wieder gegeben. Es ist hin- und herdiskutiert worden, aber letztlich stand immer wieder das individuelle Länderinteresse im Vordergrund. Denn jedes Land hat natürlich für sich selbst definiert: „bei mir ist es so in Ordnung“, und wenn ich jetzt ein Weiterbildungsrahmengesetz

habe, dann tangiert das die Besitzstände. Auf der anderen Seite muß ich natürlich auch feststellen, daß wir im Ländervergleich sehr unterschiedliche Ausprägungen von Weiterbildung / Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik haben, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Hier eine Vereinheitlichung anzustreben, ist sicherlich nicht ganz falsch, aber das darf nicht zu einer Nivellierung nach unten führen, sondern muß ein höheres Niveau zur Folge haben. Eine sehr wichtige Komponente ist die Frage: „Wie ist die europäische Dimension?“. Und darauf bezogen wäre eine einheitliche Bundesposition durchaus wichtig. Das sehen wir nicht nur im Weiterbildungsbereich, das sehen wir vor allen Dingen im Hochschul- und auch im Schulbereich. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Frage der Länderhoheit im Bereich „Kultur“ irgendwann ganz stark thematisiert werden wird, wenn es zu einem höheren Druck seitens Europa kommt. Und da stehen wir vor einer ganz großen Schwierigkeit in Deutschland, weil wir in dieser Frage ein anderes System haben als alle anderen Länder in Europa.

B. Litfin: Das gilt ja für unser gesamtes Bildungssystem, also auch für unsere Abschlüsse, unsere Qualifikationen. Deswegen ist es ja z. B. so schwer, Menschen, die in der Schweiz, in Österreich oder sonstwo gearbeitet haben, ihre Qualifikation auch anzuerkennen.

W. Wulf: Wir Deutschen leben, was diesen Aspekt angeht, unter einer Käseglocke. Wir sehen überhaupt nicht, was außerhalb unseres Landes, an Entwicklung läuft, beispielsweise in der Erwachsenenbildung. Gut, wir haben traditionell immer mal ein paar Blicke nach Schweden geworfen, und manchmal wagt man ja auch mal einen Blick nach Italien, aber große Kontakte und Erfahrungsaustausch gab es eigentlich nicht. Da läuft schon wesentlich mehr im Bereich der Hochschulen, es läuft inzwischen ein bißchen was im Schulbereich, aber das ist noch lange nicht genug. Wir werden in den nächsten Jahren die Frage der europäischen Dimension thematisieren müssen.

nbeb-MAGAZIN: *Vielen Dank für das Gespräch.*

„Bildungsurlaub befindet sich in der Legitimationskrise“

Schriftliches Interview mit Katrin Trost (CDU)

nbeb-MAGAZIN: *Wie bewerten Sie rückblickend und mit etwas Abstand die Vorgänge um den „Fußball-Bildungsurlaub“?*

K. Trost: Nachdem der Pulverdampf verraucht ist, halte ich es gerade aus der Sicht der Erwachsenenbildung für hilfreich, daß über die Notwendigkeit und die Ausgestaltung von Bildungsurlaub in den Medien und im Parlament wieder einmal grundsätzlich diskutiert worden ist.

nbeb-MAGAZIN: *Es war nicht nur in diesem Fall zu beobachten, daß von politischer Seite nur reagiert wurde - verunsichert, aus einer defensiven Haltung heraus -, während die Medien Ton und Richtung vorgaben. Wie sehen Sie dieses „Szenario“?*

K. Trost: Die gerade in Niedersachsen sehr breite Ausgestaltung des Bildungsurlaubsbegriffs bietet Spielraum für populistische Attacken der Medien. Politik befindet sich dann in der Defensive, wenn allgemeiner Konsens in Sachfragen herrscht und Alternativpositionen nicht deutlich werden. Offensive politische Positionen dagegen fordern Medienreaktionen heraus.

nbeb-MAGAZIN: *Welchen Stellenwert räumen Sie der politischen Bildung im vielbeschworenen Prozeß der „gesellschaftlichen Modernisierung“ ein?*

K. Trost: Ich halte es nach wie vor für das wichtigste Anliegen der politischen Bildung, das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewußtsein zu festigen, einen Beitrag zum Konsens über die grundlegenden Werte und Ziele unserer Gesellschaft zu leisten und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Im genannten Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung ist es Aufgabe der politischen Bildung, diejenigen Themen aufzugreifen, die aus neuen politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten resultieren.

nbeb-MAGAZIN: *Die Stellungnahmen zum Bildungsurlaub bewegen sich zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite*



wird gefordert, daß der Bildungsurlaub allenfalls dann gerechtfertigt sei, wenn er der beruflichen Weiterbildung diene. Andererseits wird befürchtet, daß „Bildung“ damit auf einen zweckrationalen Qualifizierungsprozeß reduziert werde, die Erwachsenenbildung aber - zumal wenn sie in öffentlicher Verantwortung ausgeübt wird - beispielsweise auch die Aufgabe habe, gesellschaftliche Demokratisierung zu befördern. Worin sehen Sie die Aufgabe des Bildungsurlaubs? Was erwarten Sie, was erwartet „die Politik“ von der Erwachsenenbildung, gegenwärtig und zukünftig?

K. Trost: Bildungsurlaub befindet sich im Zeichen wirtschaftlicher Herausforderungen in einer Legitimationskrise. Wenn die Verlagerung von Lehrerfortbildung in die unterrichtsfreie Zeit diskutiert wird, dann darf die Freistellung für Bildungsmaßnahmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ausgesetzt werden. Viele Bundesländer verzichten ganz auf ein Bildungsurlaubsgesetz. Es stellt sich für Niedersachsen die Frage, inwieweit der Bildungsbegriff des Erwachsenenbildungsgesetzes und des Bildungsurlaubsgesetzes entkoppelt werden müssen. Von daher ist die Forderung nach Konzentration auf berufliche Weiterbildung nachvollziehbar. Grundsätzlich hat Bildungsurlaub aus meiner Sicht die Aufgabe, Rüstzeug für eine sich rapide wandelnde Welt zu liefern. Von der Erwachsenenbildung erwarte ich, daß sie dazu beiträgt, die Herausforderungen lebenslangen Lernens zu bewältigen. Ich sehe Ihre Stärke darin,

auf die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren und in Kooperation mit Dritten den Erwerb neuer persönlicher und beruflicher Kompetenzen sicherzustellen.

nbeb-MAGAZIN: *Was kann die Erwachsenenbildung von der Politik erwarten? Ein Schlüsselbegriff des novellierten Erwachsenenbildungsgesetzes ist z. B. die Evaluation. Deren Ergebnisse werden Fragen aufwerfen, Diskussions- und Handlungsbedarf beschreiben. Wie soll Ihrer Meinung nach damit umgegangen werden? Kann es z. B. eine Art kontinuierlichen Verbesserungsprozeß geben, und wie könnte er aussehen?*

K. Trost: Das Erwachsenenbildungsgesetz ist kein statisches Gebilde, seine Bestimmungen gehören in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand. Eine konsequente Evaluation ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Ihre Ergebnisse sind in die ständige Reformdiskussion über das EBG einzubeziehen.

nbeb-MAGAZIN: *Vor der Bundestagswahl wurde von verschiedenen Seiten ein Weiterbildungsrahmengesetz des Bundes gefordert. Darin soll unter anderem auch ein Recht auf Weiterbildung für alle verankert werden. Was halten Sie von diesen Überlegungen?*

K. Trost: Ich halte grundsätzlich nichts davon, immer weitere gesetzliche Regelungen und Verordnungen zu treffen, die die individuelle Lebensgestaltung des einzelnen bis ins letzte reglementieren. Dies gilt auch für das genannte „Recht auf Weiterbildung“. Statt neue Rechte zu fordern, gilt es, sich auf seine Pflichten und auf seine Eigenverantwortung zu besinnen. Im Rahmen dieser individuellen Eigenverantwortung halte ich es für die Pflicht jedes einzelnen, für die Herausforderungen des lebenslangen Lernens gerüstet zu sein. Insoweit wird Weiterbildung zur individuellen Pflichtaufgabe, nicht aber zu einem einklagbaren Recht.

(Aus terminlichen Gründen war es leider nicht möglich, mit den drei Fraktionssprecher/innen für Erwachsenenbildung ein gemeinsames Gespräch zu führen. Wir haben uns deshalb zu der „Notlösung“ entschlossen, das Gespräch mit Wolfgang Wulf (SPD) und Brigitte Litfin (Grüne) durch ein schriftliches „Interview“ mit Katrin Trost (CDU) zu ergänzen. Naturgemäß unterscheiden sich der Stil des Gesprächs sowie die dabei gestellten Fragen etwas von Fragen und Stil des schriftlichen „Interviews“.)

Politische Bildung - unverzichtbar zur Demokratiesicherung

LOTHAR SPRINGER*

Die Situation der Erwachsenenbildung ist dadurch geprägt, daß der politische Wille, „die Erwachsenenbildung zu einem gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens auszubauen“, nicht eingehalten werden konnte. So ist z. B. in Niedersachsen - das im Vergleich zu anderen Bundesländern noch auf das am besten ausgestattete Gesetz verweisen kann - der vorgesehene Etat in den letzten Jahren um ca. 1/3 gekürzt worden. Der Gesamtetat beträgt z. Z. ca. 103 Mio. DM, was noch nicht einmal dem Haushaltsvolumen einer mittleren Universität entspricht.

Da auch in naher Zukunft keine Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten zu erwarten ist, muß davon ausgegangen werden, daß sich die Länder mehr und mehr aus der Finanzierung beruflicher Fort- und Weiterbildung zurückziehen, die allgemeine Erwachsenenbildung nur noch geringfügig unterstützen und die vorhandenen Landesmittel schwerpunktmäßig für die Förderung von politischen und weitergehend auch von wert- und normenorientierten Bildungsmaßnahmen einsetzen werden. Abgesehen davon werden voraussichtlich entsprechend der Formulierung im novellierten Niedersächsischen Erwach-

senenbildungsgesetz unter dem Sammelbegriff „Gemeinwohlorientierte Bildung“ auch Angebote zum 2. Bildungsweg, Alphabetisierungskurse, Maßnahmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen, zur sozialen Eingliederung von Behinderten sowie Seminar-Kurse in Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen einen hohen Stellenwert behalten.

Trotz ständiger Bemühungen, die sogenannte „ganzheitliche Bildung“ voranzutreiben, haben bis heute die traditionellen Begriffe allgemeine Bildung, berufliche Bildung und politische Bildung generell ihre Bedeutung behalten.

Es besteht in der bildungspolitischen Diskussion Einigkeit darüber, daß gerade wegen dieser Dreiteilung zu den Schwerpunktaufgaben des Staates die Demokratiesicherung durch herausgehobene Fördersätze für Maßnahmen der politischen Bildung gehört.

Das ist auch ein wesentlicher Bestandteil des zum 01.01.1997 neu gestalteten Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG).

Nur noch Veranstaltungen, die den „besonderen Erfordernissen des allgemeinen Wohls entsprechen“, werden maßnahmebezogen bezuschußt (s. o.).

Diese zu begrüßende Tendenz wird allerdings dadurch in das Gegenteil verkehrt, daß im gleichen Zusammenhang die teilnehmerbezogenen Finanzhilfen für Internatsmaßnahmen (Pauschalsätze für Unterkunft und/oder Verpflegung) ersatzlos gestrichen wurden. Das hat bei Bildungsurlaubsseminaren, die im Bereich der politischen Bildung einen besonders hohen Stellenwert haben, zu einer derart drastischen Verteuerung geführt, daß die ohnehin schwache In-

anspruchnahme dramatisch zurückgegangen ist.

Die ursprüngliche Zielsetzung, gerade einkommensschwachen Arbeitnehmergruppen finanzierbare Angebote für notwendige gesellschaftspolitische Bildungsprozesse zu machen, ist gescheitert. Bildungsferne Schichten werden nicht mehr erreicht. Nur noch die sogenannten „Besserverdienenden“, die in der Regel wenig Bildungsdefizite aufweisen, können sich heute die Seminarangebote leisten.

Die politischen Zusagen sahen allerdings noch vor wenigen Jahren ganz anders aus.

Während Gewerkschaftsforderungen nach wie vor auf die Notwendigkeit der politischen Bildung als integralen Bestandteil des Bildungssystems sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich hinweisen und sie als unverzichtbar zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft erklären (DAG-Bundeskongreß Oktober 1996), scheinen Parteien, Parlament und Regierung ihrer Verantwortung für diesen Bereich nicht mehr nachkommen zu wollen.

So hat die SPD noch 1994 in ihrem Wahlprogramm mit dem Titel „Worauf Sie sich verlassen können“ folgende Aussage gemacht: „Wir werden insbesondere die politische Bildung fördern. Sie ist unverzichtbar, wenn wir dem Rechtsradikalismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Frauenverachtung nachhaltig den Boden entziehen wollen“.

4 Jahre später wird im Kapitel „Bildung und Wissen: Die Grundlagen der Zukunft“ die politische Bildung nicht einmal erwähnt. Lediglich im Vorwort heißt es: „Ziel unserer Bildungspolitik sind Menschen, die selbständig denken und verantwortlich handeln können, die politische, soziale und technische Zusammenhänge durchschauen und die in

* Mitarbeiter des Bildungswerks der DAG im Lande Niedersachsen e.V.

der Lage sind, ein Leben lang zu lernen, um sich immer wieder auf die sich rasch wandelnden Anforderungen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft einzustellen“.

Weiter ist festzustellen, daß durch Medienkampagnen in der letzten Zeit der Bildungsurlaub grundsätzlich in Frage gestellt bzw. ausschließlich auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung zurückgeführt werden soll.

So wird entgegen bisherigen politischen Beteuerungen die politische Bildung faktisch an den Rand gestellt. Sie findet in der allgemeinbildenden Schule kaum und in der beruflichen Ausbildung nur wenig statt, in der beruflichen Fort- und Weiterbildung kommt sie praktisch gar nicht vor.

Die bisherige feste Verankerung in der niedersächsischen Erwachsenenbildung gerät aus den genannten Gründen ins Wanken.

Es ist daher an der Zeit, wieder darauf hinzuweisen, daß die Ziele der politischen Bildung, wie sie z. B. in DAG-Thesen schon 1974 formuliert worden sind, auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben:

- ◆ Politische Bildung soll das Ziel haben, den Bürgerinnen und Bürgern das Erkennen politischer, insbesondere gesellschaftspolitischer Zusammenhänge und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen. Sie müssen die Verflech-

tungen von Interessen kennen.

- ◆ Die Einzelnen sollen durch die politische Bildung befähigt werden, ihren eigenen Standort in dieser Gesellschaft zu erkennen.
- ◆ Politische Bildung soll zu überlegtem politischen Handeln veranlassen. Deshalb muß auch künftig die politische Bildung ihren Beitrag leisten bei der persönlichen Standortbestimmung zu Themen wie
- ◆ der Frage von gerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen,
- ◆ der Gleichstellung von Mann und Frau,
- ◆ der Humanisierung des Fortschritts,
- ◆ der Wiederherstellung und Bewahrung unserer natürlichen Umwelt angesichts einer zunehmenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen,
- ◆ der Umsetzung der Zielvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft angesichts der vorhandenen Ausländer/innenfeindlichkeit,
- ◆ der sich verschärfenden Lage in sozialbenachteiligten Stadtteilen und Regionen,
- ◆ der Globalisierung der Märkte und der damit verbundenen Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft,
- ◆ der Entwicklung zu einer Informationsgesellschaft,
- ◆ dem Problem des Rechtsradikalismus gerade in der jüngeren Generation,

- ◆ der Entwicklung der EU von einem gemeinsamen Markt, einer einheitlichen Währung zu einer sozialen und politischen Union,
- ◆ der zukünftigen Aufgaben von Gewerkschaften in einem sich wandelnden Umfeld,
- ◆ der Begleitung des gesellschaftlichen Strukturwandels.

Es ist deshalb verstärkt darauf hinzuwirken, daß politische Bildung wieder deutlicher als öffentliche Aufgabe definiert wird, deren finanzielle Absicherung institutionell, projektorientiert und vor allem teilnehmerbezogen angelegt sein muß. Dazu gehört auch eine seit langem überfällige gerechtere Bewertung nach dem Erwachsenenbildungsgesetz. Die Unterrichtsstunde als alleinige Bemessungsgrundlage beim Stellenschlüssel sowohl für allgemeine und berufliche als auch für politische Bildung hat noch nie ihrer Bedeutung und Arbeitsintensität entsprochen. Einer gesellschaftlich notwendigen höheren Maßnahme-Finanzhilfe muß ein Multiplikator bei der Ermittlung des Arbeitsumfangs gegenübergestellt werden. Die Verantwortlichen sind aufgerufen, ihr Handeln wieder an diesen Zielen auszurichten, damit die politische Bildung verstärkt die ihr zugewiesenen Aufgaben im Rahmen von Persönlichkeitsbildung und Demokratiesicherung wahrnehmen kann und nicht noch weiter an den Rand des Bildungssystems gedrängt wird.

Politische Bildung als öffentliche Gestaltungsaufgabe

JÖRG MATZEN*

I.

Wenn über politische Bildung gesprochen wird, geschieht das häufig unter den Vorzeichen von 'Krise', 'Wandel' oder 'Übergang'. Denn einerseits scheint politische Bildung unmittelbar von den Umbrüchen in und außerhalb der Industriegesellschaft berührt zu sein; andererseits verschieben sich die öffentlichen Gewichtungen von Bildung in Richtung auf Qualifikation, von politischer Bildung in Richtung auf berufliche Weiterbildung. Damit, so der Eindruck, ist ein Konsens über Aufgaben und Stellenwert von politischer Bildung brüchig geworden.

Politische Bildung hat sich bisher - welcher Provenienz auch immer - als pädagogische Bemühung um Aufklärung des Politischen verstanden und als Teil der öffentlichen Selbstthematisierung der Gesellschaft. Trotz mancher Kontroversen über Wertgrundlagen, Ziele, Inhalte und Arbeitsformen hat politische Bildung als reflexive Institution den Anspruch der Gesellschaft auf Demokratie und Gerechtigkeit aktualisiert. Sie hat einen kommunikativen Erfahrungsraum zur 'Daseinserhellung zum Zwecke der Daseinsbewältigung' (Bildungsrat) gestaltet und Selbstbildungsprozesse zur Aufklärung politischer Lebensumstände und der Orientierung in ihnen initiiert. Ein solches Verständnis ist in der Reformphase der Bundesrepublik in Gesetze zur Förderung der Erwachsenenbildung eingeflossen.

Der Gestaltungsanspruch, der damit verbunden war, gerät heute aus zwei Gründen in die Defensive, erstens aus einem eher internen, fachlichen und fachdidaktischen Problem der Vermittlung komplexer politischer Zusammenhänge mit der Lebenswirklichkeit der einzelnen sowie zweitens aus Gründen, die mit einer politischen Zurückweisung

des öffentlichen Auftrags politischer Bildung in Verbindung stehen.

II.

Eine wesentliche Schwierigkeit politischer Bildung ist auf der Vermittlungsebene angesiedelt: Wie lassen sich etwa weltumspannende ökonomisch-ökologische Problemlagen oder Strukturveränderungen der Arbeitsgesellschaft mit der Lebenswirklichkeit der einzelnen vermitteln? Kontinuitätsbrüche und Strukturverschiebungen vollziehen sich auf nahezu allen Feldern gesellschaftlicher Wirklichkeit, so daß schon von einem „kategorialen Wandel im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft“ gesprochen wird (1). Die Instanzen sozialer Integration und kollektiver Identitätsbildung sind massiven Veränderungen unterworfen: Die Lebensformen, die für die industriegesellschaftliche Moderne einstmals konstitutiv waren: Kleinfamilie, Geschlechterrolle, Klasse oder Schicht, normativ integrierte Gruppenidentitäten, lineare Erwerbsbiographien usw., lösen sich auf bzw. differenzieren sich aus oder werden abgelöst durch andere Biographieformen, für die es keine, noch keine oder kaum mehr Vorlagen gibt, an denen sich die einzelnen umstandslos orientieren könnten.

Die radikale Enttraditionalisierung alltäglicher Lebensformen bei gleichzeitig wachsendem ökonomisch-ökologischen Problemdruck erschwert es, Beziehungen zwischen den Verhältnissen herzustellen, systematische 'Selbst-Welt-Zusammenhänge' zu stiften. Im Sinne von Oskar Negt läßt sich sagen: Der begrifflich zu orientierende Verstehenshorizont der Menschen trifft nicht mehr auf einen gesicherten sozio-kulturellen Deutungsrahmen (2).

Könnten die komplizierten Lebensverhältnisse den Hintergrund dafür ab-

geben, daß heute eher entlastende, lebensorientierende und alltagskompensatorische Bildungsangebote nachgefragt werden? Festzuhalten bleibt: Über Inhalte und Ziele, Möglichkeiten und Grenzen, vor allem aber über Vermittlungsformen politischer Bildung muß neu nachgedacht werden.

III.

Neben den internen fachdidaktischen und praktischen Reflexionen auf die Herausforderungen politischer Bildung sind es die politischen Rahmenbedingungen, die Anlaß zu Sorge geben.

Das Interesse der Politik, Bildung als Daseinsvorsorge zu begreifen, in die der Staat Finanzierungsleistungen einzubringen hat, wird zunehmend auf berufliche Bildung verengt (3). Heute wird von der Erwachsenenbildung unverhohlen gefordert, „im Kern berufliche Fertigkeiten und Schlüsselqualifikationen zu vermitteln“ (4). Das mögen (noch) vereinzelte Stimmen sein, die sich abseits unserer kritischen Bildungstradition artikulieren. Aber auf einen Grundwiderspruch zwischen beruflicher und politischer Bildung soll doch hingewiesen werden: Die zentrale Konfliktlinie verläuft an der Stelle, wo es um die Frage geht, wer für wen Bildungs- oder Qualifikationserfordernisse definiert. In der politischen Bildung ist es der Erwachsene selber, in der berufsbezogenen Weiterbildung handelt es sich um Anforderungen, die von außen an die Lernenden herangetragen werden, also um Anpassung an erforderliche Qualifikationen. An die politische Adresse sind daher noch einmal folgende Überlegungen zu richten (5):

* Leiter der Ev. Heimvolkshochschule Bad Bederkesa - Sprengelzentrum

1. Das Recht auf Teilhabe an öffentlich geförderter Bildung darf nicht auf rein berufliche Aspekte verengt werden. Denn nicht allein die Arbeitswelt ist einem rasanten Wandel der Qualifikationsprofile und immer kürzer aufeinanderfolgender Verfallsdaten erworbenen Wissens unterworfen. Fast alle Bereiche des Lebens verändern sich rasch, sind komplexer, differenzierter und für zunehmend mehr Menschen unüberschaubar geworden. Von Bedeutung sind daher zum einen lebensbegleitende Bildungsangebote, die die Lebens- und Orientierungsfragen der Menschen aufnehmen, zum anderen müssen ökonomische und berufsfeldbezogene Anforderungen mit ethischen Anforderungen, mit Sinn- und Leitfragen ins Gespräch gebracht werden.

2. Anders als berufliche Fortbildung im engeren Sinne hat Erwachsenenbildung als öffentliche Gestaltungsaufgabe das Ziel, allen erwachsenen Menschen die Chance zu bieten, „sich die für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Mitgestaltung der Gesellschaft erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten anzueignen“ (§ 1 Abs. 3 EBG). Welche das im einzelnen sind, bleibt in der pluralistischen Gesellschaft prinzipiell kontrovers. Das Aushandeln der Bedingungen für die Durchsetzung von Interessen ist ein unverzichtbares, vitales Moment der Demokratie. Das heißt aber auch: Die in der Marktwirtschaft liegende Spannung zwischen betrieblichen Interessen, persönlichen Entfaltungsinteressen und gesellschaftlichen Mitgestaltungsinteressen ist nicht einlinig aufzulösen. Politische Bildung ist und bleibt Kritik am Tauschverhältnis und der an den technischen Prozessen gebildeten Rationalität. Ihre Aufgabe ist es doch gerade, der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und ein Verständnis von Öffentlichkeit wachzuhalten, das auf Teilhabe der einzelnen an der Gestaltung ihrer Lebensumstände bezogen ist. Es ist die Sache politischer Bildung, Problemlösungen anzuregen und die schwindende Problembewältigungskompetenz der verfaßten Politik zu beanstanden, die zunehmend als 'kommunikatives Loyalitätsmanagement' (Sarcinelli) in Erscheinung tritt.

3. Die Erwachsenenbildungslandschaft ist in den vergangenen Jahren marktförmiger geworden - nicht zuletzt aufgrund des finanziellen Drucks, der auf vielen Einrichtungen lastet. Darin liegt aber eine Gefahr. Mit der tatsächlichen Verschiebung in Richtung auf berufsfachliche, berufskompensatorische und berufsbezogene Bildung im Gesamtangebot von Bildungsträgern wird der Widerspruch sichtbar zwischen primär fremdgesetzten Zielsetzungen der beruflichen Wirklichkeit und den Selbstbestimmungsansprüchen der Menschen. Viele haben den ökonomischen Druck allerdings schon so stark verinnerlicht, daß deren Bildungsbedürfnisse auf gebrauchsfertige Kenntnisse abzielen. Wir brauchen eine Ermütigung und gesicherte Rahmenbedingungen, damit Bildung als ein soziales Grundrecht auf der Grundlage des bestehenden Erwachsenenbildungsgesetzes allen erwachsenen Menschen zugänglich bleibt.

4. Bildung und Demokratie sind aufeinander verwiesen. Das ist nicht nur eine sozialdemokratische Kernaussage, sondern auch und vor allem eine entscheidende 'Lernerfahrung' der Bundesrepublik. Eine 'im Kern' auf Globalisierungsanforderungen, Standortfaktoren und Kosten/Nutzen-Kalkül orientierte Weiterbildung verfehlt ihren sozialen Auftrag. Politische Erwachsenenbildung als ein vor allem freiwilliges und offenes Angebot zur Selbst-Bildung ist am Lebenszusammenhang der einzelnen interessiert. Bildung soll Gerechtigkeit, Gleichheit und soziale Verantwortung durch Aufklärung und Kompetenzerwerb sichern helfen. Die Demokratie ist daher gerade unter den Bedingungen sich verschärfender Individualisierung auf Bildung angewiesen, die nicht ökonomisch 'verzweckt' ist.

Wie sehr politische Bildung aus dem Bewußtsein einzelner bereits verabschiedet wurde, zeigt ein aktuelles Beispiel: In der öffentlichen Auseinandersetzung um ein Seminar zum Verhältnis von Sport, Wirtschaft und Politik anlässlich der Fußballweltmeisterschaft sind durchaus pfiffige Vorschläge unterbreitet worden. Da wurde von einem in Diensten des TV-Senders RTL stehenden Poli-

tikwissenschaftler (sic!) doch tatsächlich nachgefragt, ob die Teilnehmenden, statt einen Bildungsurlaub zu besuchen, sich nicht auch in einer Leihbücherei mit dem notwendigen Wissen hätten ausstatten können ...

Nichts gegen Selbstbildungsprozesse!

Aber eine besondere Qualität von Bildung liegt in der Kommunikation; der Diskurs, das Gespräch zwischen 'Verschiedendenkenden' (Tietgens) ist für politische Bildung konstitutiv. Bildung ist eben mehr als die Weitergabe von Information(svorsprüngen), nämlich ein Prozeß der wechselseitigen Begleitung, der gemeinsamen Wegsuche und Verständigung über Grundfragen der menschlichen Existenz sowie die Unterstützung in belastenden Lebenssituationen. Erst in der bewußt gemachten Dialektik von Selbst und Welt, in der Beziehung zwischen dem Besonderen, das ich bin, und dem Allgemeinen, das die anderen Menschen, die Gesellschaft, das Fremde ausmachen, entwickelt sich ein Selbst-Verständnis, das sich mit der Welt in kritischer Zeitgenoss(inn)enschaft verbunden weiß.

Anmerkungen

1) Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986, S. 205.

2) Vgl. Negt, O.: Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche, Göttingen 1997, S. 210ff.

3) Vgl. Gieseke, W.: Zukunft der Erwachsenenbildung zwischen Markt und Gemeinwohl, in: Matzen, J. (Hrsg.): Perspektiven der Erwachsenenbildung. Herausforderungen und Profile (dialog 19), Bad Bederkesa 1997, S. 67-75.

4) Thomas Oppermann in einer Presseinformation des MWK, Nr. 98101 vom 16.06.1998.

5) Vgl. Matzen, J.: Offener Brief an den Minister für Wissenschaft und Kultur, Thomas Oppermann, in: Biehl/Daub/Matzen (Hrsg.): Anstoß - ein Seminar zur Fußballweltmeisterschaft und seine Folgen. Bildungsurlaub in der Diskussion (dialog materialien 3/98), Bad Bederkesa 1998, S. 5-7.

Behindert ist man nicht, behindert wird man -auch durch Regelungen der Erwachsenenbildung

DR. BEATE BLÄTTNER*

„Die Krüppel“ nannten sich in den siebziger und achtziger Jahren Aktive einer sozialen Bewegung, die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens Behinderter zum Ziel hatte. Nicht Mitleid, sondern Akzeptanz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen war ihre Forderung. Ein Ergebnis ihres politischen Engagements war es, daß es zum guten Ton gehört, sich für die Rechte Behinderter einzusetzen. Seitdem gibt es Behindertenbeauftragte und Baumaßnahmen, die körperlich Beeinträchtigten den Zugang zu Räumen, Zügen und Toiletten gewährleisten. Statt nur auf Defizite wurde zunehmend auch auf die besonderen Kompetenzen geachtet. So wurde beispielhaft die eigenständige Kultur der Gebärdensprache zum Gegenstand von Spielfilmen.

In der besten Absicht, den Belangen Behinderter auch in der Erwachsenenbildung gerecht zu werden, betrachtet das niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz in seiner novellierten Fassung Maßnahmen als gemeinwohlorientiert und des-

halb besonders förderungsfähig, „die geeignet sind, die soziale Eingliederung von Behinderten zu fördern oder deren spezifische Benachteiligungen zu mildern oder auszugleichen“ (EBG vom 12.12.96). Die zugehörige Durchführungsverordnung präzisiert, daß damit körperliche, geistige oder seelische Behinderungen gemeint sind.

In der besten Absicht, den Mißbrauch eines Gesetzes durch weitere Verordnungen zu verhindern, wurden in der Folge im Landesausschuß für Erwachsenenbildung Kriterien für solche Maßnahmen erarbeitet, die entgegen dem fachlichen Rat einer entsprechenden Untergruppe eine Reihe weiterer Präzisierungen vornahm. Das Ergebnis aller Regelungen konterkariert nunmehr die ursprüngliche Absicht.

- ◆ Nichtbehinderte definieren, wer als behindert zu gelten hat, nämlich nur diejenigen, die dies per Attest, Anerkennungsbescheid oder Schwerbehindertenausweis auch schriftlich nachweisen können.
- ◆ Nichtbehinderte erklären, daß soziale Eingliederung Behinderter von diesen selbst und alleine zu leisten ist. Besonders förderungsfähig sind nämlich nur Maßnahmen, die Behinderte separieren. Die spezifische Benachteiligung mildern können nach den Regelungen offensichtlich nicht Maßnahmen, in denen Hörende die Gebärdensprache lernen, sondern Maßnahmen, in denen Gehörlose von den Lippen lesen lernen. Eine soziale Integration leisten Behinderter offensichtlich am besten dann, wenn sie die Nichtbehinderten in Ruhe lassen.

- ◆ Nichtbehinderte bestimmen, welche Lerninhalte für Behinderte förderungswürdig sind. Wollen Behinderter zum Beispiel lernen, sich gegen gewalttätige Übergriffe von behindertenfeindlichen Menschen zur Wehr zu setzen, wird dies als quasi sportliche Weiterbildung von einer Förderung durch das Erwachsenenbildungsgesetz ausgeschlossen.

Es stünde den Einrichtungen der Erwachsenenbildung gut an, auf eine solche Form der Sonderförderung freiwillig zu verzichten. Statt dessen wären im Rahmen der politischen Bildung und der Bildung zu Werten und Normen verstärkt Maßnahmen anzubieten, die sich mit dem Selbstbestimmungsrecht Behinderter auseinandersetzen. Solche Kurse sind glücklicherweise besonders förderungsfähig.

* pädagogische Mitarbeiterin im Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V.

Die da oben - wir da unten ...!?

Ein Bildungsurlaub zum Thema Globalisierung versus Wirtschaft von unten in der Evangelischen Erwachsenenbildung

MARINA PETER

Ein Thema wie Globalisierung läßt sich nicht 'runterdidaktieren!' soweit die fast einhellige Meinung eines Kreises von entwicklungspolitisch interessierten Expertinnen während einer Fachtagung im Frühjahr 1997.

Und weiter: „Erst einmal muß eine ganz neue Form der Theoriebildung erfolgen - und das braucht Zeit!“ Ja, so etwas kann dauern, das ist wohl wahr. Handelt es sich bei der Globalisierung doch um ein recht komplexes, andauerndes Phänomen, das zwar inzwischen in vielfältiger Form beschrieben wurde und einem breiteren, durch die Spannweite von Erfolgs- bis Horrormeldungen in den Medien verunsicherten Publikum nicht zuletzt durch den flott geschriebenen Bestseller „Die Globalisierungsfalle“ nochmals nähergebracht wurde, dessen Konsequenzen und vielfältige Implikationen aber noch längst nicht - und vor allem nicht einhellig - erfaßt und erforscht sind.

Der Bildungsarbeiter/die Bildungsarbeiterin steht wieder einmal vor einem bekannten Dilemma: er/sie selbst weiß auch noch nicht so ganz genau, was es mit dem Phänomen auf sich hat, auch wenn er/sie sorgfältig viele der gängigen Publikationen zumindest angelesen hat. Er/sie hatte wieder einmal viel zu wenig Zeit zu Fachgesprächen und Diskussionen über das Thema. Er/sie ist

vielleicht selbst von einer der Globalisierung als Verursacher zugeschriebenen Problematik, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und/oder Mittelkürzungen seitens der öffentlichen Hand bedroht, vielleicht schon resigniert.

Er/sie ist aber noch für politische Bildung zuständig, die immer wieder gegen rückläufige TeilnehmerInnenzahlen zu kämpfen hat und versucht, marktgängige Themen und Methoden miteinander zu verbinden. Und er oder sie hält es trotzdem für wichtig, mit der Globalisierung verbundene Aspekte MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung näher zu bringen und sie zu befähigen, mit „EndverbraucherInnen“ vor Ort, sprich SeminarteilnehmerInnen, dazu zu arbeiten, sie aus der politischen Resignation herauszubekommen und zu motivieren, sich wieder aktiv zu beteiligen. Wagt er/sie diesen Sprung ins kalte Wasser, um die eigenen Beschränkungen wissend, setzt er/sie sich natürlich der Kritik derer aus, die um Theoriebildung ringen und manchmal erst alles umfassend durchdringen müssen, bevor sie druckreife Sätze von sich geben, die in der Regel die Mehrzahl unseres Publikums in Kursen der Evangelischen Erwachsenenbildung nicht verstehen wird. Einer Kritik, die in etwa lautet: „Was Ihr da darstellt und vermittelt, ist alles zu verkürzt, alles noch nicht entschieden, der Komplexität in keiner Weise gerecht werdend.“ Kurz und gut: theoriefeindlich sind wir wieder einmal, die ErwachsenenbildnerInnen.

Diese Kritik mag oftmals gerechtfertigt sein, und viele von uns leiden ganz sicher darunter, häufig nicht genügend Zeit für die externe fachliche Weiterbildung (neben der „on job“) zu finden. Aber, ganz ehrlich gesagt: den Dauerstreit um Theorie und Praxis bin ich leid und es ist mir - mit Verlaub - inzwi-

schen auch ziemlich egal, wenn ich etwas verkürzen, vereinfachen, vielleicht sogar einen Aspekt vernachlässigen muß. „Mut zur Lücke“ ist schon längst eines meiner didaktischen Prinzipien geworden - denn sonst würde ich keine Seminare mehr anbieten können, oder die Teilnehmenden würden unter Umständen noch frustrierter und handlungsunfähiger angesichts der thematischen Komplexität nach Hause gehen. So weit jedenfalls die momentane Quintessenz meiner Erfahrungen aus vielfältigen methodisch-didaktischen Experimenten in mehr als 10 Jahren (entwicklungs-)politischer Bildungsarbeit. Und so haben wir, mein Kollege Hermann Hartmann, Beauftragter für den kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) der Ev.-luth. Landeskirchen Braunschweig und Hannover, und ich uns dann auch mehr oder weniger fröhlich entschieden, das Thema „Globalisierung“ zum Gegenstand eines entwicklungspolitischen Bildungsurlaubsseminars im Rahmen der MitarbeiterInnenfortbildung zu machen. Und da Globalisierung bekanntermaßen auch etwas mit Ökonomie zu tun hat und wir denn doch nicht ganz so theoriefeindlich sind wie vielleicht nach dem Eingangssermon zu erwarten, gleichzeitig aber auch um unsere Grenzen wissen, haben wir die Werkstatt Ökonomie in Heidelberg um Unterstützung gebeten, die uns in Person ihres Mitarbeiters Jörg Seifert-Granzin gewährt wurde. Wir müssen ja zugeben: der absolute Renner in der Fortbildung war die Ausschreibung nicht, aber es haben sich 11 Menschen - im Alter von 27 bis 72 Jahren - gefunden, die Interesse hatten, sich immerhin eine Woche lang mit dem schwierigen Phänomen unserer Zeit zu beschäftigen und ihre - im Seminar geäußerte - Angst vor der scheinbaren Nichtdurchschaubarkeit ökonomischer Zusammenhänge zu

* pädagogische Mitarbeiterin in der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen (z.Zt. beurlaubt)

überwinden. Und was letzteres angeht: ganz freiwillig haben bei der Seminar- auswertung einige versichert, in Zukunft die Wirtschaftsseiten der Tagespresse nicht mehr einfach überblättern, sondern lesen zu wollen!

„Globalisierung ist kein Schicksal“ und „Reichtum ist der Motor des Kapitalismus“ - diese beiden Sätze, der eine aus dem Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, der andere ein Zitat aus einer Fernsehdokumentation, begleiten die - teils kontroversen - Diskussionen während der Woche. Während in der Einstiegsphase anhand eines kurzen Spiels rasch deutlich wurde, daß die Aussage „Erstmals mit der Globalisierung eint die Menschheit eine gemeinsame Phantasie des Seins. Nie zuvor hörten und wußten so viele Menschen so vieles über den Rest der Welt“ (aus Globalisierungsfalle) doch recht relativ zu sehen ist (oder können sie auf Anhieb die Namen von vier australischen Politikern oder vier Künstlern aus dem polynesischen Raum nennen?), wurde das Ausmaß der globalen wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten anhand des anschaulichen Referats von Werner Widukel, Angestellter beim Gesamtbetriebsrat des VW Konzerns, mehr als deutlich.

Keiner der Teilnehmenden hatte in einem Rollenspiel zur Vorbereitung dieser Seminareinheit, bei dem VertreterInnen der verschiedenen Länder, der Konzernspitze, des Betriebsrates sowie WirtschaftsexpertInnen gemeinsam Vor- und Nachteile von Standortverlagerungen debattierten, auch nur ansatzweise die bereits jetzt in der Realität erreichten Dimensionen vorausgeahnt. Mehr als ein „Aha-Erlebnis“ ergab sich auch aus den Referaten und spielerischen Zugängen zu weiteren Aspekten der Globalisierung wie Sicherheit, Alltagsleben und Kommunikation (hätten Sie z.B. gewußt, daß ein großer Teil der vom Poststraßen-Computer in den USA nicht lesbaren Adressen in Sekundenschnelle nach Mexiko übermittelt, dort von Frauen computerlesbar dechiffriert und sofort zurückübermittelt wird). Immer wieder aber stand die Ökonomie im Vordergrund, und die Teilnehmenden mußten sich manchmal schon recht mühsam mit Begriffen wie „Bonds“, „Derivate“ oder

„Sonderziehungsrechte“ herumplagen, um das weltmarktbeherrschende Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten auch nur annähernd zu verstehen. Hier würden wir beim nächsten Mal ganz sicher zur besseren Veranschaulichung ein Computerspiel einsetzen, bei dem die Teilnehmenden z.B. zu Anfang der Woche bestimmte Aktien kaufen und über die Woche mit ihnen spekulieren müßten (fiktiv, versteht sich - bei dem Geldmangel im Bildungsbereich! Gibt es so etwas eigentlich schon für die Erwachsenenbildung?)

Deutlich wurde, daß ein Basiswissen um ökonomische Vorgänge bei den meisten nur rudimentär vorhanden, zum Verständnis der Vorgänge aber erforderlich ist. Auch das keine neue Erkenntnis, aber es wäre hilfreich, wenn EEB hier vielleicht in ökonomischen Crash-Kursen mit abwechslungsreicher Methodik Defizite aus der Schulzeit stärker als bisher aufarbeiten könnte, um mehr Menschen zu befähigen, kompetent auch in wirtschaftlichen Fragen mitzudiskutieren und das wirtschaftliche Geschehen besser zu durchschauen.

Ein wachsendes Interesse scheint bei (potentiellen) Teilnehmenden durchaus vorhanden - und sei es „nur“, weil mensch sich angesichts der zunehmenden Verarmung und des Zusammenbruchs der Systeme sozialer Sicherung auch in unserer Gesellschaft nach alternativen persönlichen Möglichkeiten umsehen muß - oder aber, weil er verstehen möchte, warum einige eigentlich

immer noch reicher werden. Auch diese Themen wurden im Seminar ausführlich behandelt. Schließlich wurde noch untersucht, welche speziellen Auswirkungen Globalisierung auf die „klassischen Länder“ des Südens hat. Hier war es spannend zu erleben, wie kontrovers die Frage diskutiert wurde, ob es eigentlich legitim und wichtig sei, daß Länder, in denen ein Großteil der Bevölkerung hungert, Geld für Zugänge zu den modernen Kommunikationstechnologien ausgeben - eine Frage, die in diversen Vergaberäten oder auch Partnerschaftskomitees immer dann virulent wird, wenn das Gegenüber in Übersee statt für Zuschüsse z.B. zu Bildungsmaßnahmen im Gesundheitswesen, um Gelder für Computer oder Internet-Modems bietet. Aber natürlich wollten wir in dem Seminar nicht stehen bleiben bei der bloßen Beschreibung von Zuständen und uns auch der Frage zuwenden, ob wir uns vielleicht „Auf dem Holzweg“ (so der gleichnamige Titel eines Planspiels - erhältlich über Brot für die Welt) befinden, und nach möglichen Alternativen suchen.

Daß es ausreicht, sich dafür einzusetzen, jetzt im Bereich der Finanzmärkte die Einführung der sog. „Tobin-Tax“ (0,5 % Steuer auf internationale Kapitaltransaktionen) zu fordern, mag getrost bezweifelt werden - so „billig“ werden wir nicht davon kommen. Aber es kann ein Baustein sein, bestimmte Regulationsmechanismen neu zu installieren, so die Meinung der Teilnehmenden. Die



Rückgewinnung politischer Kontrolle über wirtschaftliche Abläufe in Deutschland hielten sie für ebenso wichtig wie die Installation entsprechender weltweiter Institutionen. Im Vordergrund ihrer Überlegungen aber stand die Frage nach der Stärkung der Zivilgesellschaft und ihrer eigenen Verantwortung als Teil derselben. Sehr deutlich wurde, daß entsprechende Programme und Maßnahmen nicht etwas nur für die „Dritte Welt“ sind, sondern daß auch im Heimatland sehr genau nachgeschaut werden muß, wie es eigentlich um den Zustand der Demokratie bestellt ist. Neue Modelle von BürgerInnenbeteiligung müßten ausprobiert werden, neue Bündnispartner gesucht werden. Weiterführend scheinen hier die im Zusammenhang mit dem Umsetzungsprozeß der lokalen Agenda 21 initiierten Debatten und Vorschläge zur „Zukunftsfähigkeit“ zu sein.

Gelingt es, diese mit dem Folgeprozeß des Weltsozialgipfels und den dort abgestimmten Zielvorgaben zu verbinden - dann, ja dann verliert die Globalisierung viel von ihrem Schrecken und könnten die durchaus auch vorhandenen positiven Aspekte ganz anders genutzt werden.

Bei der schriftlichen Auswertung zum Abschluß des Seminars haben wir die Teilnehmenden u.a. gefragt, was „sie mit nach Hause nehmen“. Neben der neu entdeckten Freude an körperlichen Auflockerungsübungen, die wir selbstverständlich wie in fast jedem unserer Seminare auch während dieser Woche angeboten hatten, neben einer Unmenge von „Fairetta-Schokoriegeln“, die als Nervennahrung schon während des Seminars gute Dienste geleistet hatten, nannten sie zusammenfassend insbesondere dies: „Globalisierung ist kein Schicksal, das über uns hereingebro-

chen ist. Da der Prozeß von Menschen in Gang gesetzt wurde, kann er auch durch Menschen verändert werden. Dabei muß nicht ein einzelner/eine einzelne alles tun. Ich will mich auf ein Vorhaben konzentrieren und kann anderes getrost anderen überlassen, in dem Bewußtsein, daß sie genau wie ich Veränderungen wollen in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und eine bessere Lebensqualität, die ganz anders aussehen kann als die bisher gewohnte. Vielleicht finden wir da sogar Bündnispartner bei ehemaligen „Gegnern“.

Ist das zu wenig als Ergebnis einer einwöchigen Bildungsmaßnahme? Hoffentlich nicht - aber wir werden auch in Zukunft dankbar sein für alle Anstöße zum weiterdenken.



Grundlagen der Weiterbildung



Jörg E. Feuchthofen/Rainer Güttler/Michael Jagenlauf/Arnim Kaiser (geschäftsführende Hrsrg.)

GdWZ Grundlagen der Weiterbildung - Zeitschrift

erscheint 6x jährlich,
ISSN 0937-2172

Jahresabonnement
zzgl. Versandkosten

DM 150,-/öS 1.095,-/sFr 150,-
Best.Nr. 00078

Studierenden-Abo
zzgl. Versandkosten

DM 98,-/öS 715,-/sFr 98,-
Best.Nr. 00581

Einzelheftbezug
zzgl. Versandkosten

DM 27,-/öS 197,-/sFr 27,-
Best.Nr. 00079

bandliche Positionen.

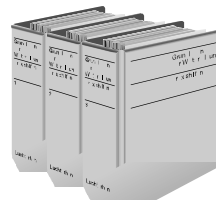
„...Glänzende Artikel über Bildung in der Europäischen Union.“

„...Exzellentes Fachblatt zum Thema: wissenschaftlich, präzise, fundiert, theoretisch ambitioniert.“

aus Süddeutsche Zeitung 24./25.1.98

Bestellen Sie ein Probeabo zum Kennenlernen. Sie erhalten zwei Ausgaben kostenlos!

Wenn Sie die Zeitschrift nach Ablauf der Probefrist nicht weiter beziehen möchten, genügt ein kurzes Schreiben 8 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes an Ihre Buchhandlung oder den Hermann Luchterhand Verlag, Postfach 2352, 56513 Neuwied. Ansonsten wandelt sich das Probeabo automatisch in ein Jahresabo um, das mit einer Frist von 6 Wochen zum Jahresende gekündigt werden kann.



Grundlagen der Weiterbildung GdW-Praxishilfen

Loseblattwerk, 3 Ordner
z.Zt. ca. 3.800 Seiten
DM 98,-/öS 715,-/sFr 98,-
ISBN 3-472-50520-6

GdW-Praxishilfen erleichtert Ihnen durch praxisbezogene Informationen die tägliche Arbeit. Es leistet konkrete Hilfestellungen bei der Lösung von pädagogischen, didaktischen, juristischen und organisatorischen Fragestellungen.

Zentrale Themen der Weiterbildung werden in 10 Kapiteln behandelt:

- ◆ Bildungspolitik und -geschichte
- ◆ Strukturen und Institutionen
- ◆ Organisation und Management
- ◆ Bedingungen des Lehrens und Lernens
- ◆ Organisationsformen des Lehrens und Lernens
- ◆ Recht der Weiterbildung
- ◆ Didaktik
- ◆ Forschung
- ◆ Modelle und Projekte
- ◆ Literatur und Mediendienst

Luchterhand Verlag

stf ch 2352-5 513 N uw
T.L. 2 31/ 1- F x/ 1-2
nf lucht rh n .
htt //www.lucht rh n .

Zu beziehen über Ihre
Buchhandlung oder
direkt beim Verlag.

Bildungsurlaub für Menschen mit Behinderungen

BERNWARD RÜMPKER*

In der Praxis der Erwachsenenbildung ist es in den letzten Jahren nur sehr langsam durchgedrungen, daß auch behinderte Menschen, die in einer Werkstatt für Behinderte tätig sind, ein Recht auf Bildungsurlaub haben.

Durch die im neuen Erwachsenenbildungsgesetz vorgesehene hervorgehobene Förderung der Bildungsarbeit mit Behinderten rückt dieser Bildungsbereich wieder stärker in den Vordergrund.

Der Bedarf und der Wunsch nach Bildungsangeboten auch speziell für Menschen mit einer geistigen Behinderung sind sehr hoch.

Die Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V. (LEB), die schon seit vielen Jahren in der Bildungsarbeit mit behinderten Menschen tätig ist, hat sich zum Ziel gesetzt, in Kooperation mit Selbsthilfeorganisationen und Werkstätten für Behinderte auch ein Angebot von Bildungsurlauben zu entwickeln.

Ich möchte im folgenden exemplarisch an zwei Beispielen die Chancen und Probleme bei der Planung und Durchführung solcher Angebote erläutern.

1. „Behinderte Liebe“

Dieser Bildungsurlaub fand in Kooperation mit dem Sozialverband Reichsbund vom 17.2. - 22.2.1998 in Bad Bevensen statt.

Zielgruppe waren behinderte Menschen, die in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten. Es war unproblematisch, Interessenten für diese Maßnahmen zu



finden. Allerdings wurde bei der Vorbereitung ein Problem klar:

Wie kann ein anspruchsvolles Seminar finanziert werden?

Wie sind die finanziellen Möglichkeiten der Teilnehmer einzuschätzen?

Diese Fragestellung ist nicht eindeutig zu beantworten. Zum einen verdienen die Mitarbeiter in den Werkstätten für Behinderte wenig Geld, sie dürfen aber nicht den Sozialhilfesatz überschreiten. Bei erwachsenen geistig Behinderten, die noch bei den Eltern leben, ist allerdings in der Regel ein gewisser finanzieller Spielraum vorhanden.

In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Notwendigkeit von Aufklärungsarbeit hinzuweisen. Auch einem Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen soll deutlich werden, daß eine angemessene Teilnahmegebühr auch ein Stück Normalisierung ist.

Soweit ein kleiner Exkurs in die Problematik der Finanzierung.

Bei dem fünftägigen Bildungsurlaub „Behinderte Liebe“ war es allerdings kein Problem, bei einer Teilnehmerge-

bühr von 300,00 DM ausreichend Teilnehmer zu werben.

Die inhaltliche Auseinandersetzung bei dem Thema „Behinderte Liebe“ war sowohl für den Reichsbund als auch für die LEB eine innovative und spannende Angelegenheit. Wir waren das Wagnis eingegangen, ein „Tabuthema“ öffentlich anzusprechen und auch publik zu machen. Die 17 Teilnehmer befaßten sich mit dieser Thematik aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln. Nachdem die Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Teilnehmer zu Anfang des Kurses angesprochen und formuliert waren, konnte es konkret werden. Aber da wurde es schon kribbelig. Zunächst war es erforderlich, daß die Teilnehmer sich kennenlernen und eine vertraute Atmosphäre entstand, um sich mit einem derart sensiblen Thema intensiv befassen zu können. Bewährt hat sich, daß der Einstieg am Mittwoch eher im Rahmen von Aufklärung und Information stattfand. Dem Referenten gelang es gut, die einzelnen Themen mit dem speziellen Personenkreis zu erörtern. Soweit es bei der Information und Theorie blieb, war die Seminararbeit an diesem Tag fruchtbar. Es ist allerdings anzumerken, daß

* pädagogischer Mitarbeiter der Ländlichen Erwachsenenbildung in Osnabrück und selbst stark sehbehindert.



es schwierig war, sich zu diesem Zeitpunkt schon den Wünschen, Bedürfnissen und Problemen der einzelnen Teilnehmer zu nähern. Dieses gelang am nächsten Tag in zwei Schritten; zunächst wurde die konkrete Problematik in Wohnheimen in den Blick genommen. Es wurde über folgende Schwerpunkte diskutiert:

- ◆ Ab wann können Paare zusammenziehen?
- ◆ der Einfluß des begleitenden Dienstes
- ◆ Partnerschaft und Gewalt
- ◆ gleichgeschlechtliche Partnerschaft.

Am Nachmittag wurde der Themenschwerpunkt Verhütung behandelt. Die hierzu eingeladenen Referenten von Pro Familia brachten umfangreiche Materialien („Verhütungskoffer“) mit. Wichtig bei der Behandlung dieses Themas war die Aufteilung in geschlechtsspezifische Kleingruppen, in denen ein sehr intensives und persönliches Gespräch möglich war. Dann ging es darum, die Erfahrungen der Teilnehmer umzusetzen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

In den letzten beiden Tagen gelang es mit der Unterstützung von qualifizierten Theaterpädagogen, die einzelnen Themen und Probleme aufzugreifen. Es wurde ein kleines Theaterstück eingeübt, in dem die Situation in einem Behindertenwohnheim gezeigt wurde. Der Titel lautete: „Kann denn Liebe Sünde sein?“. Bei dieser Aufführung wurde

schnell klar, daß es für viele Mitmenschen, auch Mitarbeitern in der Behindertenarbeit, noch nicht selbstverständlich ist, daß auch behinderte Menschen sexuelle Bedürfnisse und Ansprüche haben und diese auch leben wollen.

Als Fazit ist festzustellen: Dieses Seminar war ein gelungener Ansatz, die o.g. Thematik teilnehmerorientiert zu erarbeiten. Dies kann aber nur der Anfang sein. Es reicht nicht, immer wieder neue Seminare anzubieten. Vielmehr ist es Aufgabe, vor Ort weiterzuarbeiten. In Kooperation mit Selbsthilfeinitiativen und Einrichtungen der Behindertenarbeit ist zu überlegen, inwieweit vor Ort anhand von Informationsveranstaltungen und Arbeitskreisen das Thema „Behinderte Liebe“ weiterführend behandelt werden kann. Entsprechende erste Ansätze sind bereits in Kooperation mit Pro Familia ab Oktober 98 in Wallenhorst geplant. In getrennt geschlechtlichen Gruppen wird das Thema „Sexualität und Behinderung“ mit den Betroffenen aufgearbeitet.

2. „Natur erkennen - Natur erfahren - Natur schützen“

Dieses Seminar fand vom 29.6. - 3.7.1998 in Sögel/Emsland statt. Kooperationspartner waren die familienentlastenden Dienste aus Papenburg und Cloppenburg. Es nahmen 21 Mitarbeiter der Werkstätten teil, von denen die Mehrzahl Menschen mit einer geistigen Behinderung war. Ziel der Maßnahme war es, den Teilnehmern die Gesamtheit

der Natur und deren Wahrnehmung näher zu bringen. Sie sollten die Faszination der Pflanzen- und Tierwelt - so weit wie möglich - erleben. Sie befaßten sich aber auch mit ihrem eigenen Umgang mit der Umwelt und diskutierten die Verantwortung des Menschen für die Natur.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- ◆ Wie habe ich die Natur bisher erlebt?
- ◆ Wie lebt ein Wald?
- ◆ Ökologie auf einem Bauernhof - wie funktioniert das?
- ◆ das eigene Bild von der Natur
- ◆ Wie sieht der Umweltschutz praktisch aus? Was kann ich tun?
- ◆ Was passiert mit unserem Müll?

All diese Themen wurden anhand von Gesprächen und eigener Kreativität behandelt. Es wurde Wert darauf gelegt, daß jeder Teilnehmer die Möglichkeit hatte, auf seine Weise etwas von der Veranstaltung zu lernen und zu erfahren

Mehr als ein Drittel der Gruppe beteiligte sich intensiv an den Diskussionen. Andere fanden ihre Ausdrucksweise eher beim Malen und anderen Formen der Kreativität. Sehr aufschlußreich war das Erstellen von Collagen zum Thema Natur. Jeder Teilnehmer erstellte sein eigenes „Naturbild“, das im Seminarraum ausgestellt wurde.

Viele Teilnehmer waren erfreut, einmal nicht nur „Freizeit“ zu erleben, sondern an einem Angebotsprogramm mitzumachen, bei dem sie etwas erfahren und lernen konnten.

Das Fazit dieser Bildungsurlaube: Es besteht ein erheblicher Bedarf an Bildung in den Werkstätten, der unter anderem durch Bildungsurlaube abgedeckt werden sollte. Die Beantragung von Bildungsurlaub in den jeweiligen Werkstätten war außerdem reibungslos. Viele Werkstattleiter unterstützten solche Angebote auch als Arbeitgeber. Die Themen brauchen nicht unbedingt behindertenspezifisch sein. Die Methoden müssen aber an die intellektuellen Fähigkeiten und kreativen Möglichkeiten des Teilnehmerkreises angepaßt werden.

Bildungsfreistellungsgesetz in Sachsen-Anhalt in Kraft

UDO SCHMODE*

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat auf Initiative der SPD-Fraktion am 4.3.1998 ein „Gesetz zur Freistellung von der Arbeit für Maßnahmen der Weiterbildung (Bildungsfreistellungsgesetz)“ beschlossen.

Damit ist Sachsen-Anhalt das 11. Bundesland und zugleich das erste ostdeutsche Bundesland, in dem ein eigenständiges Bildungsfreistellungsgesetz beschlossen wurde.

Inzwischen sind auch eine Durchführungsverordnung (vom 24.6.1998) und entsprechende Antragsformulare für eine Anerkennung von Bildungsveranstaltungen veröffentlicht, so daß ab Herbst 1998 mit entsprechenden Seminarangeboten gerechnet werden kann.

Im Vorfeld der parlamentarischen Behandlung haben sich der DGB und die Gewerkschaften sowie ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt für dieses Gesetz intensiv eingesetzt. Angesichts der wirtschaftlichen Grundbedingungen in Sachsen-Anhalt, der massiven Arbeitsplatzvernichtungen und der damit zusammenhängenden Ängste und Verunsicherungen von Arbeitnehmern, waren die Widerstände und Zweifel gegenüber dieser Gesetzesinitiative zweifellos groß.

Erschwerend kam hinzu, daß die politischen Gegner mit Spott und Häme lediglich auf die ihnen zugefallenen Presseberichterstattungen aktueller „mißbräuchlicher Nutzungen“ von Bildungsurlaubsveranstaltungen hinzuwei-

sen brauchten.

Durch vielfältige Überzeugungsarbeit, Hintergrundgespräche mit Parlamentariern und Arbeitgebern ist es dennoch gelungen, sich auf einen Gesetzentwurf zu verständigen, der in Teilen auch den ostdeutschen Ausgangsbedingungen Rechnung trägt.

Bildungsfreistellung statt Bildungsurlaub

Im Unterschied zu vergleichbaren westdeutschen Gesetzen ist in Sachsen-Anhalt der Begriff „Bildungsfreistellung“ und nicht „Bildungsurlaub“ genutzt worden.

Wenngleich der Begriff „Bildungsurlaub“ in Teilen der westdeutschen Gesellschaft (noch) positiv besetzt sein und eine politische Errungenschaft der 60er Jahre darstellen mag, so hat er in der ostdeutschen Gesellschaft keinerlei Tradition, und angesichts der verblichene Utopien stellt sich die „arbeitsfreie Zukunft“ für einen Großteil der ostdeutschen Arbeitnehmer eher als soziales Horrorgebilde dar.

Durchaus positive Erfahrungen sind jedoch mit Bildungsfreistellungen gemacht worden. Immerhin hatte die ehemalige DDR eine vielfältige Angebotsstruktur an beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten in Form von Betriebsakademien, Fernlehrgängen u.a.m. entwickelt, welche auch intensiv zur persönlichen Weiterentwicklung genutzt wurde. Eher in Bezug auf diese Erfahrungen und die Frage, ob wir nicht gerade angesichts der übergroßen wirtschaftlichen und qualifikatorischen Zukunftsprobleme erweiterte Möglichkeiten der Bildung von Arbeitnehmern benötigen, konnte die Durchsetzung dieses Gesetzes befördert werden.

Konzentration auf die Arbeitswelt

Eine Bildungsfreistellung soll in Sachsen-Anhalt (auch dies im Unterschied zu Regelungen westlicher Bundesländer) nicht für alle möglichen Bildungsbereiche, Themen und Inhalte erfolgen, sondern nur für anerkannte Bildungsveranstaltungen, die sich thematisch mit den gegenwärtigen und zukunftsbezogenen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitswelt und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen befassen und von Einrichtungen der Weiterbildung oder Trägern von Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden (§8 Anerkennung von Bildungsveranstaltungen).

Abgesehen wurde von der (zweifelhaften) Trennung nach Veranstaltungen der politischen und beruflichen Bildung. Statt dessen steht die Gestaltung der Arbeitswelt in einem ganzheitlichen Verständnis im Mittelpunkt der thematischen Konzentration.

Es liegt im Interesse des DGB und der Gewerkschaften sich für die Bildungsbedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzusetzen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt empfinden ihren Arbeitsplatz angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen als nicht gesichert. Nahezu jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer kann aber für sich konkrete Weiterbildungsbedarfe und -interessen formulieren, die zur Sicherung ihrer Erwerbstätigkeit und zur Zukunftsorientierung beitragen.

* ist Geschäftsführender Pädagogischer Leiter der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Sachsen-Anhalt e.V.

Flexible Zeitorganisation

Eine weitere wesentliche Änderung zu bestehenden Gesetzesregelungen findet sich auch bei der zeitlichen Gestaltung entsprechender Bildungsveranstaltungen. So werden nicht nur Freistellungsansprüche für einwöchige Veranstaltungen en bloc (einschließlich einer zweijährigen Kumulationsmöglichkeit), sondern höchst flexible und bedarfsorientierte Möglichkeiten der zeitlichen Gestaltung eingeräumt. So können beispielsweise auch einzelne Tagesveranstaltungen oder Kombinationen von Tages-, Zwei- oder Dreitagesveranstaltungen durchgeführt werden, sofern sie im Rahmen einer Veranstaltungsreihe stattfinden (§ 2 Bildungsfreistellungsanspruch).

Ausgehend von den Betriebsstrukturen in Sachsen-Anhalt (überwiegend klein- und mittelständische Unternehmen), werden vor allem auch Kleinbetriebe auf die Schwierigkeiten der betrieblichen Arbeitsorganisation bei Freistellung von einzelnen Beschäftigten verweisen. Auch diese Bedingungen werden durch das vorliegende Gesetz berücksichtigt. So sind grundsätzliche Belastungsgrenzen der Inanspruchnahme in Abhängigkeit von den jeweiligen Betriebsgrößen geregelt (§ 4 Verfahren der Bildungsfreistellung).

Die Freistellungsregelungen ermöglichen es ArbeitnehmerInnen und Unternehmen, eine Freistellung so zu organisieren, daß bedarfsgerechte Bildungszeiten bzw. keine oder nur sehr geringfügige Belastungen bzw. Beeinträchtigungen der betrieblichen Arbeitsabläufe entstehen.

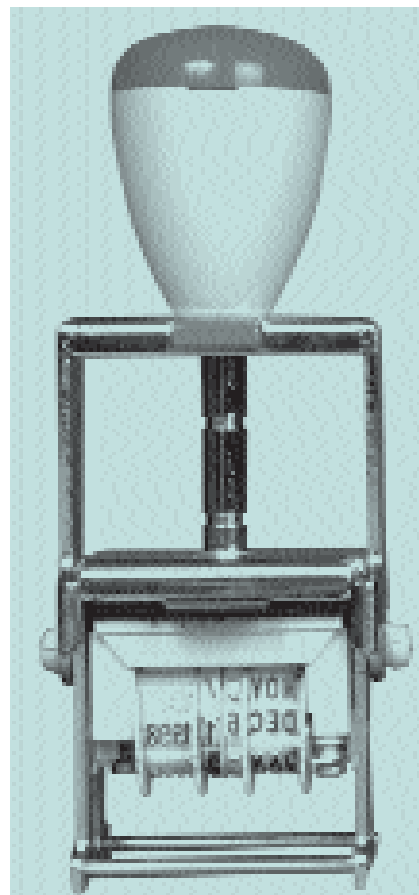
Was wollen Beschäftigte, was brauchen Unternehmen?

Aktuelle Untersuchungen in Sachsen-Anhalt haben gezeigt, daß die ArbeitgeberInnen der MitarbeiterInnenqualifizierung einen hohen Stellenwert zubilligen und daß auch die Weiterbildungsbereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stark ausgeprägt ist. Die persönlichen Weiterbildungsinteressen sind überwiegend auf den Umgang mit neuen Technologien, EDV, Rechtsvorschriften, Management-

fähigkeiten, Sprachen und auf betriebswirtschaftliche Kenntnisse ausgerichtet.

Es besteht eigentlich kein Zweifel daran, daß das Wissen und Können sowie die Motivation und Einstellung der MitarbeiterInnen zu den wichtigsten Ressourcen der Unternehmen in Sachsen-Anhalt zählen. Dennoch erfolgen Weiterbildungen zumeist erst dann, wenn akuter Bedarf sichtbar wird, quasi als Reparaturmechanismus, wenn unabwiesbare Defizite sichtbar werden oder aber als bloße Anpassung an neue Verfahren oder Anlagen.

Weiterbildung kann nicht „verordnet“ werden. Das vorgesehene Bildungsfreistellungsgesetz kann jedoch dazu beitragen, das allgemeine Klima für die berufliche Weiterbildung zu verbessern, Rahmenbedingungen für die Weiterbildung auch in komplizierter wirtschaftlicher Lage zu erweitern sowie insgesamt Anreize zu einer verbesserten Angebotsgestaltung und zur Erhöhung der Nachfrage zu schaffen.



Finanzierung erfordert Projektphantasie

In Anbetracht der wirtschaftlichen Problemlage in Sachsen-Anhalt war von vornherein eine gesonderte Finanzierung der Bildungsfreistellungsseminare nicht durchsetzbar, da bereits der Etat für das bestehende Erwachsenenbildungsgesetz (z.Zt 12 Mio. DM) durch Kürzungen bedroht war. Im Rahmen dieses Gesetzes erfolgt allerdings lediglich eine Grundförderung anteiliger Personalkosten, so daß Veranstaltungskosten für Bildungsfreistellungsseminare auch auf diesem Weg nicht gefördert werden können.

Neben Teilnahmebeiträgen sind also vielfältige Anstrengungen erforderlich, andere Fördermöglichkeiten zu erschließen. Zukünftig kommt es vordringlich darauf an, die bestehenden Förderprogramme (z.B. des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums) in entsprechenden Teilbereichen miteinander zu vernetzen und weitestgehend auch zur Finanzierung von Bildungsfreistellungsangeboten umzusetzen.

Verbundlösungen in Form von regionalen Initiativen und Kooperationen zwischen Bildungsanbietern und Betrieben können dazu beitragen, ein effektives und bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot mit flexiblen Zeitorganisationen zu entwickeln.

AGENDA 21 als Bildungsaufgabe

DR. CARL-HEINRICH BÖSLING*

Wer zu früh kommt, den ignoriert das Leben!

„Will die VHS die Stadt umkrempeln? 5-Mio.-Projekt: Ökologie und Bürgernähe“, so titelte die Neue Osnabrücker Zeitung am 3. Oktober 1991 und löste damit intensive Diskussionen in den Parteien, der städtischen Verwaltung und im Stadtrat aus. Es sollten in den nächsten Wochen und Monaten noch mehrere Zeitungsartikel folgen. Auslöser war ein von der Volkshochschule Osnabrück entwickeltes Projekt unter dem Titel „Ökologische Stadtentwicklung“, das mit rund 5,2 Millionen DM von der Bundesstiftung Umwelt und mit rund 1,5 Millionen DM aus dem städtischen Haushalt finanziert werden sollte. Um es kurz zu machen: aus dem für 5 Jahre geplanten Projekt wurde nichts, obwohl die Umweltstiftung das Projekt öffentlich als „innovativ und mutig“ beurteilt hatte.

Was als lebhafter Gedankenaustausch begonnen hatte, wurde nach und nach zum zähen Ringen um Positionen. Teile der Verwaltung sahen ihre Planungshoheit in Frage gestellt. Der Politik drängte sich die Frage auf, wo denn die Grenzlinie zwischen der Bürgerbeteiligung und dem Handeln der politischen Parteien im Rahmen der Kommunalverfassung zu ziehen sei.

Rückblickend muß selbstkritisch festgestellt werden, daß eine Projektidee mit dem Ziel der ökologischen Stadtumgestaltung unter zentraler Beteiligung von Bürgern, Initiativen, Vereinen, Verbänden und Wirtschaft offensichtlich noch zu früh kam. Die Konferenz von Rio sollte erst 1992 stattfinden,

der Begriff „Agenda 21“ hatte noch nicht das Licht der bedrohten Welt erblickt. Der „große Wurf“ fand nicht statt, die Osnabrücker Volkshochschule war im ersten Anlauf damit gescheitert, Mitstreiter für ein wichtiges Anliegen zu gewinnen.

Zwei Schritte vor, einer zurück?

Über die Berechtigung des Agenda-Ansatzes gibt es - über die politischen Grenzen hinweg - im allgemeinen recht schnell Einvernehmen. Wer könnte über die globalen Umweltprobleme hinwegsehen? Einer 1996 durchgeführten Difu-Umfrage bei 157 Städten zufolge gaben immerhin 83 Städte (53%) an, die lokale Agenda als ihre Aufgabe zu betrachten. Einen konkreten politischen Beschluß zu diesem Anliegen dagegen konnten nur 17% der Städte vorweisen, 48% beabsichtigten nicht, hier initiativ zu werden. (1)

Manchmal drängt sich aber der Eindruck auf, der eigentliche Erfolg des Agenda-Prozesses liege in der Produktion von öffentlichen Lippenbekenntnissen, Tagungspapieren, Denkschriften, wissenschaftlichen Begleitstudien und anderen Erzeugnissen. In einigen Kommunen scheint es gar, daß alle Aktivitäten, die im weitesten Sinne mit der Agenda in Verbindung gebracht werden können, gesammelt und unter diesem Stichwort öffentlichkeitswirksam verkauft werden. Die Bandbreite reicht von der Biotonne über die Revitalisierung eines Baches, die Entsiegelung eines Parkplatzes bis zum gesunden Vollwertfrühstück im Kindergarten. Der in der Agenda beschriebene gemeinsame Konsultationsprozeß zwischen Kommunalverwaltungen, Bürgern, örtlichen Orga-

nisationen und der Privatwirtschaft ist dagegen meist noch wenig entwickelt. (2)

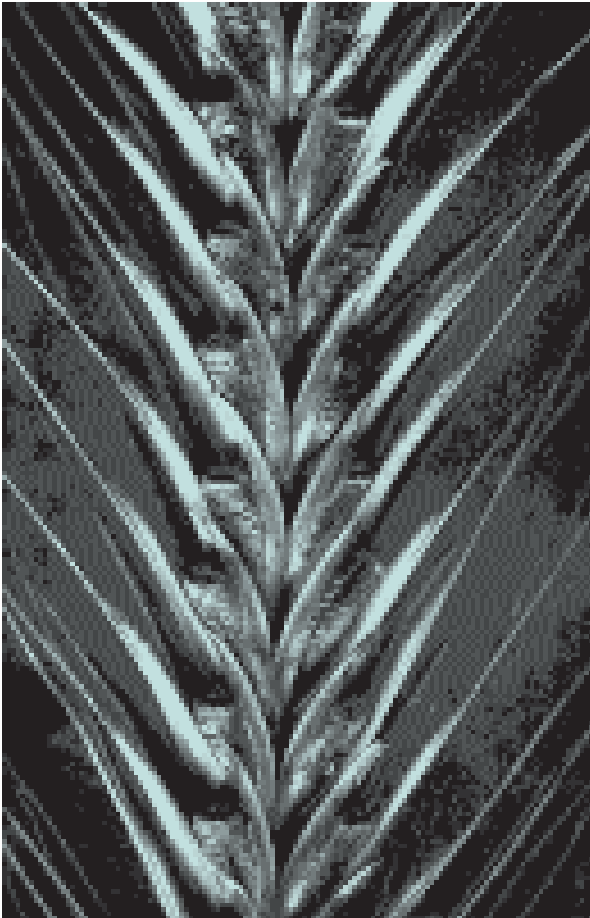
Es lag nahe, und so ist es in vielen Kommunen geschehen, sich auf die Kompetenzen der Volkshochschulen gerade auf diesem Feld zu besinnen. Ökologische Themen spielten in der Bildungsarbeit eine wichtige Rolle und - was wichtiger war - die Bildungseinrichtungen waren häufig kreativ bei der Entwicklung neuer Veranstaltungsformen und der Vermittlung ökologischer und politischer Inhalte.

Vernetzte Strukturen nutzen

Die Semesterprogramme der Osnabrücker Volkshochschule geben im Rückblick einen Eindruck von den öffentlichen Debatten über ökologische und entwicklungspolitische Themen der letzten Jahre. Ein verbindendes Merkmal muß herausgehoben werden: viele Angebote wurden entwickelt in Kooperation mit lokalen Gruppen und Einrichtungen. Vor allem entwicklungspolitische Aktivitäten haben in Osnabrück seit vielen Jahren einen festen Platz und haben kommunalpolitische Entscheidungen maßgeblich mitbeeinflusst.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Universität und Fachhochschule, dem internationalen Kinderhilfswerk terre des hommes, das in Osnabrück seine Bundesgeschäftsstelle betreibt, dem Aktionszentrum Dritte Welt, dem bei der Stadt angesiedelten Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und der Volkshochschule hat auf die Dauer Früchte getragen. Osnabrück gehört bundesweit zu den wenigen Kommunen, die ihre ökologische Verantwortung auch in entwicklungspolitischer Hinsicht ernst nehmen.

* Pädagogischer Mitarbeiter der Volkshochschule der Stadt Osnabrück



Sichtbarer Ausdruck war neben dem Beitritt zum Klimabündnis die Verabschiedung einer Konzeption zur „Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für die Stadt Osnabrück“ durch den Rat der Stadt im Sommer 1994, der Beginn einer direkten kommunalen Unterstützung von Projekten in Simbabwe und die Durchführung einer international viel beachteten Tagung zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit unter dem Motto „Sichtwechsel“ im Herbst 1994. Auch die Erarbeitung einer Dritte Welt Bilanz, die im Jahr 1995 vorgelegt wurde und die vielfältigen Verflechtungen zwischen der Stadt Osnabrück und Ländern der Dritten Welt von der Kolonialzeit bis heute zum Gegenstand hatte, ist Ausdruck dieser Bemühungen. (3)

Die Volkshochschule selbst setzte sich in mehreren Semesterschwerpunkten mit Fragen des Klimaschutzes und, als Mitveranstalter des Kolloquiums Dritte Welt, mit Themen wie „Nachhaltige Entwicklung der Kommunen in Nord und Süd“ oder „Umwelt und Entwick-

lung von Rio '92 bis Berlin '94“ auseinander. In zwei Semestern ging es um „Stadt und Stadtentwicklung“ in Osnabrück, wobei das Themenspektrum von der regionalen Umweltgeschichtsschreibung bis zu Fragen der politischen Partizipation der Bürger in Fragen der Stadtplanung reichte. 1996 stand der Schwerpunkt „Zeit“ im Mittelpunkt von Vorträgen und Seminaren und bot zum Beispiel Gelegenheit, sich mit der „Bedeutung des Faktors Zeit in der Stadtplanung“ oder mit den „Zeitmaßen der Natur“ auseinanderzusetzen.

Natürlich wurden im Rahmen der VHS auch mehrfach kostenlose Seminarveranstaltungen zur Agenda 21 selbst angeboten. Mittlerweile arbeiten meh-

re Agenda-Arbeitsgruppen zu verschiedenen Schwerpunktsetzungen in der Stadt und bringen ihre Erfahrungen in ein gemeinsames Forum ein.

Große Beachtung fanden in den vergangenen Jahren die gemeinsam mit der Akademie Loccum geplante Tagung „The Natural Step“ zu den neuen Ansätzen der Umweltpolitik in Schweden und die seit 1996 angebotenen „Dialog-Seminare“, die ein Ergebnis des von der Bundesstiftung Umwelt geförderten Dialog-Projektes darstellten. (4) Erfolgreich ist auch eine ebenfalls 1996 begonnene Kooperation mit dem Schuhmacher College im englischen Dartington. In all diesen Projekten und Kooperationen bemühte sich die Volkshochschule über den lokalen, wenn nicht nationalen Tellerrand hinauszublicken und wichtige Ansätze einer grundsätzlichen Neuorientierung der Umweltpolitik und eines neuen ökologischen Denkens bekannt zu machen.

Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht

Und trotzdem: es kann wohl kaum verdrängt werden, daß Umweltprobleme in der Rangfolge der Wichtigkeit, so jedenfalls die Ergebnisse verschiedener Umfragen, bei den Bürgern auf einen der hinteren Plätze abgerutscht sind. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind zum dominierenden Thema geworden.

Auch in Osnabrück ist es schwierig, neue Zielgruppen anzusprechen und für Umweltthemen zu sensibilisieren. Viele Menschen reagieren mit Hilflosigkeit und Resignation angesichts einer schier unüberschaubaren Zahl von größeren und kleineren Katastrophen, die sich in ihrer direkten oder medial vermittelten Umwelt abspielen. Der Normalbürger mit durchschnittlichen naturwissenschaftlichen Schulkenntnissen reagiert überfordert auf immer neue Schadstoffhitlisten, die ihn in seinem Lebensraum zu bedrohen scheinen. Zurück bleibt, wie es der Psychologe Micha Hilger nennt, eine „Haltung des Verdrusses und depressiver Verbitterung“ derjenigen, die das Gefühl haben, „letztlich nichts zu bewirken und viel zu wenig in Gang zu bringen.“

Zumindest vom Ansatz her bietet die lokale Agenda eine Chance, konkrete Veränderungsprozesse einzuleiten. Ob diese Chance genutzt wird, ist eine Frage, der sich nicht nur engagierte Bürger, sondern vor allem auch die etablierten Parteien und die kommunalen Verwaltungen ernsthaft stellen müssen.

(1) Cornelia Rösler (Hrsg.), Lokale Agenda 21. Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs beim Deutschen Städtetag am 29. April 1996 in Köln; Berlin 1996

(2) Agenda 21, Kapitel 28.2. und 28.3.

(3) Dazu ausführlicher: Bösling, Carl-Heinrich: Bildungsarbeit und Ansätze ökologischer Stadtentwicklung in Osnabrück; in: Agenda 21 für Niedersachsen. Stand und Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene; Loccumer Protokolle 24/97
Stadt Osnabrück, terre des hommes, A3W (Hrsg.): Dritte Welt Bilanz. Osnabrück - Menschen erkunden ihre Stadt; Osnabrück 1995

(4) Hartkemeyer, M. und J.F./Dhority, L. Freeman: Miteinander Denken. Das Geheimnis des Dialogs; Stuttgart 1998

„Entwicklung von Qualitätsstandards für die Durchführung von Bildungsurlaubsveranstaltungen in Wattenmeer-Nationalparken mit begleitendem Qualitätszirkel im Sinne einer nachhaltigen Umweltbildung“

Projektdarstellung

LUCIE SOMMERFELD*

Das Bildungswerk der DAG im Lande Niedersachsen e. V. und ARBEIT UND LEBEN Nds. e.V. führen seit vielen Jahren mit verschiedenen Nationalparkhäusern in der Nordwest-Region und dem Wattenmeerhaus in Wilhelmshaven umweltpolitische Bildungsurlaube durch. Die für Bildungsurlaube spezifische Bildung kleiner Gruppen sowie die Möglichkeit, in einem Nationalpark der Natur und seinen lokal und global relevanten Belastungen originär und unmittelbar begegnen zu können, eröffnen in besonderem Maße die Voraussetzungen für eine Entwicklung von Qualitätsstandards unter den Prämissen einer Bildung für Nachhaltigkeit.

Das Bildungswerk der DAG im Lande Nieders. e. V. als Projektantragsteller beabsichtigt:

- ◆ umweltpolitische Bildungsurlaubsveranstaltungen, die in Kooperation mit den Nationalparkhäusern durchgeführt werden, zwei Jahre lang auf eine Entwicklung von Qualitätsstandards in der Umweltbildung im außerschulischen Bereich unter der Berücksichtigung des Nachhaltigkeitscharakters der Agenda 21 hin zu evaluieren und diese wissenschaftlich zu begleiten sowie
- ◆ in diesem Zusammenhang einen Qualitätszirkel für die Mitarbeiter der Nationalparkhäuser zu installieren. Der Qualitätszirkel bietet über den gesamten Zeitraum des Projektes den MitarbeiterInnen die Möglichkeit der reflexiven Selbstqualifizierung und Weiterbildung mit integrierter professioneller Referentenschulung.

Das Projekt ist in einem außerschulischen Bildungsbereich als innovatives Vorhaben angesiedelt. Es leistet damit einen Beitrag zur Entwicklung von Qualitätsstandards /Qualitätssicherung in der Umweltbildung.

Neben der Entwicklung und Erprobung methodisch-didaktischer Modelle unter der Prämisse des Nachhaltigkeitsprinzips soll der Versuch unternommen werden, Instrumente der Selbstevaluation zu installieren.

Über die Realisierung einer nachhaltigen Umweltbildung hinaus bietet das Projekt die Möglichkeit, die Informations- und Bildungsarbeit im Niedersächsischen Wattenmeer zu unterstützen und zu fördern, um ein einheitliches Bildungskonzept mitzugestalten.

An diesem Projekt sind die Umweltverbände BUND, NABU, WWF und die Nationalparkverwaltung der Bezirksregierung Weser-Ems beteiligt. Die vorgenannten Organisationen unterstützen das Projekt teils ideell, teils finanziell.

Ein Finanzierungsantrag wurde bei der Nieders. Wattenmeerstiftung im Niedersächsischen Umweltministerium, der Nieders. Lottostiftung sowie bei Bingo-Lotto (Umweltlotterie) gestellt. Inzwischen haben diese Organisationen den Antrag bewilligt und entsprechende Fördermittel bereitgestellt.

Der vorgenannte Antrag bietet den Erwachsenenbildungsträgern die Möglichkeit:



- ◆ den Qualitätsstandard ihrer eigenen Bildungsurlaubsveranstaltungen zu überprüfen,
- ◆ eine Evaluierung der umweltpolitischen Seminare im Sinne des EBG mit wissenschaftlicher Begleitung durchführen zu lassen,
- ◆ EBG-trägerübergreifende Zusammenarbeit zu realisieren (A & L/BW DAG),
- ◆ den Vernetzungsgedanken der Agenda aufzunehmen und konkrete Aktivitäten im Agenda-Prozeß zu entwickeln,
- ◆ den bildungspolitischen Auftrag für die Zukunft - nachhaltige Umweltbildung - wahrzunehmen,
- ◆ Ergebnisse dieses Projektes innerhalb des eigenen Verbandes auf Bundesebene zu übertragen,
- ◆ das Imagebild als Erwachsenenbildungsträger nach Abschluß der Evaluierungsstudie zu erneuern/zu verändern.

* pädagogische Mitarbeiterin des Bildungswerks der DAG im Lande Niedersachsen, Geschäftsstelle Oldenburg

Gutes Design - direkt aus der Nachbarschaft

Das niedersächsische Designprojekt dekos - ein Interview

ERICH WEBER *

Frage 1: Herr Schulz, Design - so wie es in den Schaufenstern der Geschäfte zum Verkauf angeboten wird - ist bislang von großen Firmen produziert worden, und die Entwerfer waren meist studierte Designer. Was wollen Sie mit dekos daran ändern.

Ändern will dekos daran nichts, wir wollen ergänzen. Der Faktor Design ist nicht nur für große Unternehmen, sondern auch für den Mittelstand und für kleine Betriebe ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Denn die kleineren Unternehmen arbeiten vor Ort, haben direkt mit ihren Auftraggebern zu tun und werden tagtäglich gefordert, gute Gestaltung zu schaffen. Das gelang bisher nur in unzureichendem Maße, weil es die Ausbildung in den Betrieben nicht hergab.

Frage 2: Und das wird sich jetzt ändern?

Es gibt immer wieder das Problem, daß gerade dem Handwerk die Gestaltungskompetenz abgesprochen wird! Das liegt hauptsächlich an der technischen Ausrichtung der Handwerksausbildung.



Wenn Sie zu einem Tischler gehen und einen Stuhl haben möchten, werden Sie zwar ein funktionstüchtiges Möbel erhalten, gestalterisch werden Sie sich jedoch in der Regel nicht sehr gut beraten fühlen. Wenn Sie zu einem Kleinbetrieb gehen und dessen Produkte mit denen der Mitbewerber vergleichen, werden Sie ästhetisch oft enttäuscht sein. Dabei entstehen gerade jetzt, wo die Individualisierung und Vorstellungen von Auftraggebern sich immer stärker von der konfektionierten, designten Massenware abwenden, große Chancen für das Handwerk, mit Design Produkte zum Erfolg zu führen. Hier setzt die Arbeit von dekos an.

Frage 3: Wie passiert das, sollen die Handwerker zu Designern werden?

Nein, das muß nicht sein, aber sie sollen ihre Designkompetenz erhöhen, sensibilisiert werden für die Probleme ihrer Auftraggeber und Lösungsstrategien kennenlernen. dekos bietet an, Designstrategien auch für den kleinen Betrieb handhabbar zu machen. Nur wer sich im Wettbewerb profilieren kann, der wird auch erfolgreich sein. dekos hilft dabei.

Frage 4: Das ist nun speziell auf das Handwerk zugeschnitten, wie kann dekos weiteren Firmen des Mittelstandes helfen?

Mit dem Instrument des Design-Managements, das wir in allen wichtigen Bereichen den Teilnehmern vermitteln. Hier bekommen sie praktische Hinweise, die sich leicht umsetzen lassen. Von der Designgeschichte, um die Urteilsfähigkeit zu verbessern, über Marketing bis hin zur Designerauswahl und der Vertragsgestaltung helfen wir weiter. Wichtig ist dabei auch das Netzwerk,

das wir erarbeiten. Es hilft, auch in Zukunft mit den auftretenden Problemen fertig zu werden.

Frage 5: Überzogen gesagt, ist es demnächst nicht mehr notwendig, einen Designerentwurf aus dem Katalog zu kaufen. Der Betrieb nebenan kann mir meine Möbel in gleicher Qualität, nur auf meine Bedürfnisse ausgerichtet, herstellen.

Ich fände es schön, wenn wir in allen Wirtschaftsbereichen, in der Industrie ebenso wie im Handwerk, die Gestaltungsqualität deutlich verbessern könnten. Denn genau das ist das Ziel des Projektes dekos, in kleinen und mittleren Unternehmen die gestalterische Kompetenz zu entwickeln. Die Chancen dafür stehen gut, denn die Resonanz auf das Projekt dekos ist auf Grund der Verbindung von Theorie und Praxis sehr positiv.

Frage 6: Wie sieht das in der Praxis aus?

dekos bietet Seminare und Workshops an, die jeweils von praxiserfahrenen Dozenten geleitet werden. Wichtig ist dabei, daß in offener Workshopatmosphäre und im Gespräch auf die Fragen der Teilnehmer eingegangen wird. Die Seminare erstrecken sich über zwölf Seminareinheiten, zumeist an Wochenenden, danach sollte jeder Teilnehmer fit sein, um sich im Markt der Anbieter besser behaupten zu können. Für Teilnehmer mit einer Freistellungsbescheinigung ihres Unternehmens ist das Seminarprogramm kostenfrei.

Das Interview wurde mit Andreas Schulz, Designprojekt dekos, Hannover, geführt.

* Projektleiter dekos, Bildungswerk der DAG Nds.

Erfahrungen mit dem Qualitätszirkelkonzept im Bildungswerk der DAG

CHRISTA HOFFMANN*

Mit dem novellierten EBG wurden die Einrichtungen der Erwachsenenbildung verpflichtet, eine kontinuierliche Qualitätssicherung (QS) zu betreiben und die Ergebnisse ihrer Bildungsarbeit zu evaluieren. In welcher Form das zu geschehen hat, wurde vom Gesetzgeber bisher nicht festgelegt.

Das Bildungswerk der DAG im Lande Nds. e.V. hat sich für ein Qualitätszirkelkonzept* entschieden, das als Total Quality Management (TQM)-Konzept über die Qualitätskontrolle hinaus auch Organisations- und Verfahrensverbesserung, TeilnehmerInnenorientierung, Verbraucherschutz, das Verhältnis zu KooperationspartnerInnen und die interne Kommunikation umfaßt. Mit dem Qualitätsentwicklungskonzept, das stark auf die Eigenverantwortlichkeit von MitarbeiterInnen aller Hierarchiestufen setzt, sollen deren Autonomie und Verantwortlichkeit weiter gefördert und die Akzeptanz mit Prozeß und Ergebnis sichergestellt werden. Parallel zu der Qualitätszirkelarbeit sind für 1999 TeilnehmerInnen-, ReferentInnen- und Kooperations-

*Da es das Qualitätszirkelkonzept nicht gibt und eine verbindlichere genauere Definition fehlt, ist die Abgrenzung zu anderen Arbeitsgruppen schwierig. Wir haben den Begriff Qualitätszirkel (QZ) gewählt, weil er im Zusammenhang mit QS gebräuchlich, eingeführt und akzeptiert ist. Projektgruppen, Arbeitskreise, Lernstatt, Innovationszirkel usw. wären ebenfalls möglich gewesen, hätten aber u. E. noch mehr Erklärung bedurft.

partnerInnenbefragungen geplant, deren Ergebnisse mit bereits in der Vergangenheit erhobenen Daten in Beziehung gesetzt werden sollen. Hierfür wird externe Expertenkompetenz in Anspruch genommen.

Ziele unserer Qualitätssicherungsarbeit:

1. Überprüfung und Weiterentwicklung der

- ◆ Organisations- und Verfahrensqualität
- ◆ Programm- und Angebotsqualität
- ◆ Maßnahmequalität

2. Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Motivation durch Förderung und Nutzung der Autonomie der MitarbeiterInnen

3. Akzeptanz des QS-Prozesses durch die Beteiligung aller MitarbeiterInnen

4. Öffentlichkeitsarbeit durch Ergebnisdokumentation und Präsentation

Wir haben uns für ein Qualitätszirkelkonzept entschieden, weil.....

....es sich um ein offenes Konzept handelt, das von den Beteiligten mitentwickelt und ausgestaltet werden muß. Es entspricht damit der Selbststeuerung und Eigenverantwortlichkeit der MitarbeiterInnen.

....es für die Qualitätsentwicklung bedeutet, Qualität zu produzieren, statt sie zu kontrollieren. Gegenstand der Evaluation sind sowohl die Verfahrens-

und Organisationsqualität als auch die Maßnahme-/Produktqualität.

....es auf der Beteiligung aller Hierarchieebenen basiert.

....es die Chance bietet, Organisationsentwicklung zu initiieren und die Personalentwicklung auszubauen.

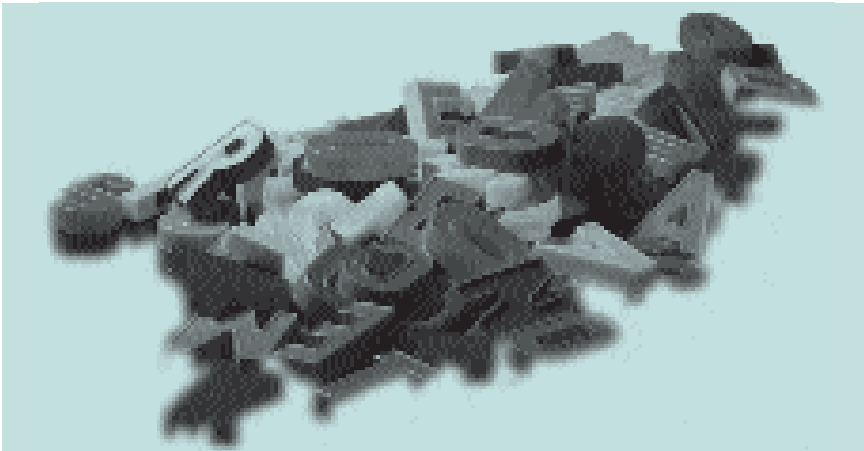
....es das Know-how, die Kompetenzen und die Kreativität aller MitarbeiterInnen nutzt und fördert und damit dem Prinzip der lernenden Organisation nahekommt.

Qualitätszirkelarbeit ist eine Möglichkeit, MitarbeiterInnen an der betrieblichen Problemlösung zu beteiligen und so für die Organisationsentwicklung aktiv zu nutzen. Es werden die Kreativität und das Potential derjenigen gefragt, die die Arbeit erledigen. Sie sind aufgrund ihrer täglichen konkreten Arbeitserfahrungen am ehesten in der Lage, die vorhandenen Probleme zu erkennen und zu bearbeiten. Damit wird der möglichen Betriebsblindheit von „Experten“ vorgebeugt, d.h. es geht um die kleinen Dinge des Arbeitsalltags, von denen Vorgesetzte häufig nur eine unklare Vorstellung haben.

Diese scheinbar kleinen Dinge werden in den QZ bearbeitet. Die Gefahr, daß sie sich zu großen Störfaktoren entwickeln, wird dadurch reduziert und so Reibungsverlusten entgegengewirkt. Dies wiederum fördert die Motivation und Arbeitszufriedenheit aller Beteiligten.*

*vgl dazu „Das Gold in den Köpfen ...“ Ein Projekt der AWO zur Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung. Hrsg. Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Landesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Weiterbildung der Arbeiterwohlfahrt NRW.

* stellvertr. pädagogische Leiterin des Bildungswerks der DAG im Lande Niedersachsen



Die wesentlichen Bestandteile unserer Qualitätsentwicklung:

Die **Qualitätszirkel** tagen bisher in regelmäßigen Abständen alle vier bis sechs Wochen und weisen häufig eine wechselnde Zusammensetzung auf. Die TeilnehmerInnenzahl schwankt zwischen vier und elf - als ideal gelten fünf bis zehn.

Die **Moderatoren/Moderatorinnen** sind für die Organisation und den Ablauf der QZ zuständig. Sie sind „gleich unter gleichen“, d. h., da es sich derzeit noch um interne MitarbeiterInnen aus dem pädagogischen Bereich handelt, müssen sie innerhalb der QZ - Arbeit ihre eigenen Interessen zurückstellen und in der Lage sein, die Moderationsmethode (MM) einzusetzen. Dies ist nicht nur für den Ablauf der QZ - Arbeit unerlässlich, sondern auch für die Aufbereitung und die Dokumentation der Ergebnisse. Durch regelmäßig angebotene Moderationstrainings für HPM und Verwaltungspersonal soll die professionelle und effektive Leitung der QZ sichergestellt werden.

Die **Beauftragte für Qualitätssicherung** ist als Koordinatorin zuständig für die Organisation des Qualitätssicherungsprozesses, für die Abstimmung mit der Geschäftsleitung, die Organisation und Planung der Workshops und die Dokumentation der Ergebnisse.

Das **Steuerungsteam** wurde inzwischen um einen Kollegen erweitert und besteht nun aus drei Mitgliedern. Es hat die Aufgabe, den QS-Prozess konzeptionell weiterzuentwickeln.

Die **projektorientierten Arbeitsgruppen** werden in den QZ und den Work-

shops zu eingegrenzten Themen ins Leben gerufen und sobald ihr Auftrag erledigt ist, wieder aufgelöst.

Die **prozeßbegleitenden Weiterbildungsangebote** sowie die **Fachberatung und Supervision** entwickeln sich nach Bedarf in QZ und Workshops, werden von der QS - Beauftragten mit der Geschäftsführung (GF) abgesprochen und organisiert. Sie stehen allen MitarbeiterInnen offen.

Die **QS - Workshops** finden zweimal im Jahr statt und dienen dazu, die Ergebnisse der Qualitätszirkel zu kommunizieren und zu verbindlichen Standards werden zu lassen. An ihnen sollten sämtliche MitarbeiterInnen und die Geschäftsführung teilnehmen. Voraussetzung hierfür ist eine langfristige Planung und die Veröffentlichung der Termine in unserem Jahresprogramm zur Mitarbeiterfortbildung.

Erfahrungen mit der bisherigen QZ - Arbeit:

Die **Beteiligung der Verwaltungsangestellten** an der Qualitätsentwicklung hat sich sehr gut bewährt. Sie sind bisher vor allem im QZ Kundenorientierung aktiv und zu ca. 50% an den Workshops beteiligt. Die kollegiale Zusammenarbeit hat sich merklich verbessert, Strukturen und Zuständigkeiten werden akzeptiert und genutzt. Das Prinzip der QZ: „Soviel Entscheidungsspielraum wie möglich“ wirkt sich auch auf die Arbeitsabläufe aus, d. h., es gibt auch hier mehr Ideen, Diskussionen und Vorschläge, aber auch Forderungen.

Die **flankierenden Weiterbildungsangebote** werden bis heute vor allem von Verwaltungsangestellten genutzt, die auf diesem Gebiet einen erhöhten Nachholbedarf haben. Inzwischen haben zwei Verwaltungsangestellte an einem Moderationstraining teilgenommen, so dass der erste Schritt getan ist, um auch hier das Know-how für die Leitung von Qualitätszirkeln anzulegen. Bewährt hat sich das Prinzip, die Weiterbildungsangebote prozeßorientiert, d. h., bedarfs- und nachfrageorientiert anzubieten und durchzuführen.

Damit die Ergebnisse der QZ als Evaluationsinstrument eingesetzt werden können, müssen sie zu vergleichbaren Ergebnisdokumentationen führen, d. h., bereits **der methodische Ablauf eines QZ** muß dokumentiert und visualisiert werden. Obwohl wir bereits seit 1991 regelmäßig qualifizierte Moderationstrainings anbieten und durchführen, ist es noch nicht vollständig gelungen, Moderationskompetenz als Mindeststandard für jede(n) Pädagogische(n) Mitarbeiter(in) zu implementieren. Sollte sich unser Vorhaben, die Moderation der QZ durch interne MitarbeiterInnen durchführen zu lassen, als zu ehrgeizig erweisen, werden wir im Laufe des Jahres auf externe Moderatorinnen zurückgreifen.

Ein weiteres Problem ist bisher die **Durchführungsfrequenz der Qualitätszirkel**. Idealerweise sollte jeder Qualitätszirkel alle zwei bis vier Wochen arbeiten. Das gelingt aus arbeitstechnischen Gründen nicht immer. Saisonal bedingte hohe Arbeitsauslastung zwingt häufig zu Terminverschiebungen, so dass die QZ im Schnitt bisher alle vier bis sechs Wochen tagen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit von Qualitätsentwicklung und Evaluation ist bei der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiter und MitarbeiterInnen vorhanden, obwohl zu Anfang der Begriff Qualitätssicherung bereits Widerstände erzeugt hat, suggeriert er doch, dass bisher keine qualitätvolle Arbeit geleistet wurde. Die **Motivation**, aktiv mitzuarbeiten, ist noch unterschiedlich ausgeprägt, was bei der Arbeitsbelastung gerade der kleineren Regionen verständlich ist.

Bildungscontrolling in der Erwachsenenbildung

DR. GEORG KORTENDIECK*

Seit einigen Jahren durchlebt die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung eine ernste finanzielle Krise. Die öffentlichen Kassen sind nicht nur einfach leer; mittlerweile gibt es einen heftigen Wettbewerb um die staatlichen und kommunalen Mittel für kulturelle und wohltätige Zwecke. Nicht von ungefähr tauchen zur gleichen Zeit wie die Haushaltskürzungen Fragen nach der Qualität von Bildungsveranstaltungen auf, gibt die Qualität doch Auskunft darüber, ob und wie Zuschußgeber ihre Interessen verwirklicht sehen können. Vermehrt sollen durch attraktive Anpassungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie durch Firmenschulungen die entstandenen Haushaltslöcher gefüllt werden. Aber auch hier erschwert zunehmend Konkurrenz den etablierten Einrichtungen das (Über)Leben.

Notwendige betriebswirtschaftliche Steuerung in Bildungseinrichtungen

Kürzungen und Konkurrenz lassen den Ruf nach wirtschaftlicher Ergänzung der pädagogischen Leitung laut werden, auch wenn betriebswirtschaftlichen Kalkülen mit allergrößtem Mißtrauen unter den Hauptamtlichen begegnet wird. Dazu gehört neben der betriebswirtschaftlich orientierten Qualitätssicherung nach DIN ISO 9000 das sogenannte Bildungscontrolling. Dabei zeigen beide Ansätze Wege auf, betriebswirtschaftliches Denken mit pädagogischer Methodik und Inhalten produktiv zu verbinden. Die öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung zählen zu den gemeinnützigen oder auch Non-Profit-Einrichtungen. Ihr Hauptstreben liegt

nicht wie bei Unternehmungen in einer Gewinnerzielung, also einer Dominanz von Formalzielen, sondern in der Erfüllung einer Mission und damit in der Sachzieldominanz. Ihr Leistungsziel liegt in der Befriedigung eines öffentlichen und/oder trägerspezifischen Bedarfes an Weiterbildung. Über Ziele, Pläne und notwendige Finanzmittel mußte kaum nachgedacht werden, außer bei der Erfüllung staatlicher Vorgaben. Erst die erheblichen finanziellen Einschnitte führten langsam zu einer Abkehr von altbackener Haushaltsführung, hierarchischem Denken und Handeln hin zu einer modernen marktorientierten Unternehmensführung. Womit aber sollen die Weiterbildungseinrichtungen geführt werden?

Neben der Kosten- und Leistungsrechnung, ohne die eine größere, mit mehreren beschäftigten Personen ausgestattete Einrichtung kaum zielgerichtet gelenkt werden kann, bietet sich das Controlling an. Controlling bedeutet nicht, wie dies zunächst scheint, Kontrolle, sondern Leitung und Steuerung. Controlling als Führungsinstrument sollte in der Lage sein, die Planung zu unterstützen, Entscheidungen vorzubereiten und deren Realisierung zu steuern und zu überprüfen, um darauf weitere Planungsschritte folgen zu lassen. Der Begriff Bildungscontrolling meint im engeren und eigentlichen Sinne, den betrieblichen Erfolg durch Weiterbildung der Mitarbeiter/innen zu steuern. Er stammt aus dem innerbetrieblichen und profitorientierten Weiterbildungsbereich. Allgemein auf unsere Bildungsangebote übertragen, bedeutet dies die Frage nach den Lern- und nach den Transferzielen und deren Erfüllung.

Bildungscontrolling verstehe ich zudem in einem weiteren Sinne, dem Controlling in Bildungseinrichtungen. Gemeinnützigen wie gewinnorientierten Ein-

richtungen ist gemeinsam, daß sie Ziele verfolgen, anhand derer der Erfolg gemessen werden kann, daß sie Personalkräfte einsetzen und Investitionsentscheidungen treffen. Die Zielbestimmung leitet sich in der Regel aus dem Unternehmenszweck ab, der in Leitbildern oder Firmenphilosophien wiederzufinden ist. Wird der Zweck von außen vorgegeben, was bei gemeinnützigen Einrichtungen nicht selten der Fall ist, spricht man von Mission oder Auftrag. Eine Einrichtung, die einen solchen Auftrag erfüllen soll oder will, muß in der Regel eine Vielzahl von Kriterien erfüllen, von denen die Gemeinnützigkeit nur eine ist. In der Regel finden wir in gemeinnützigen Bildungseinrichtungen eine deutliche Sachzieldominanz vor, die sich zudem meist auf qualitative Aspekte beschränkt. Eine Übertragung des betriebswirtschaftlichen Controllings erscheint deshalb nicht nur nicht möglich, sondern geradezu kontraproduktiv im Hinblick auf die Sachzielerreichung zu sein, etwa die Bereitstellung preiswerter Bildung für bildungsferne Gruppen.

Die Sachzieldominanz in öffentlich geförderten Weiterbildungseinrichtungen hat in den vergangenen Jahren zu einer Vernachlässigung von Formalzielen wie Marktanteil, Umsatzentwicklung oder Rücklagenbildung durch Gewinne und einer quantitativen, konkreten Zielbestimmung geführt. Entscheidungsträger wurden zunächst nur sachzielorientiert ausgewählt. Problematisch war dabei schon immer, daß Sachziele am wenigsten durch die Mitarbeiter selbst, sondern von einer Vielzahl von Interessensgruppen bestimmt und gelenkt wurden.

Controlling in Bildungseinrichtungen
Erfolgsteuerung durch Bildungscon-

* Direktor der Katholischen Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen e.V.

trolling bedeutet, den gewünschten pädagogischen und wirtschaftlichen Erfolg anzugeben, geeignete Maßnahmen zu planen, Entscheidungen über den Mitteleinsatz zu treffen und die Zielerreichung zu messen. Die daraus gewonnenen Informationen dienen dem nächsten Planungs-, Entscheidungs- und Steuerungszyklus. Controlling in Weiterbildungseinrichtungen stellt deshalb keineswegs eine ausschließliche Betonung von Formalzielen dar, sondern nimmt die Ziele von Entscheidungsträgern, Mitarbeitern und Teilnehmern ernst. Controlling erwartet, wie die Qualitätssicherung klare und präzise Angaben über die zu erzielenden Qualitäten wie Quantitäten. Es ist schon sehr verwunderlich, warum die Evaluierung von Bildungsmaßnahmen für Weiterbildungseinrichtungen nicht selbstverständlich ist und man sich allenfalls auf Gefälligkeitsurteile durch Blitzlichter und Abschlußrunden verläßt, um die Erreichung von Lernzielen transparent zu machen.

Welche Aufgaben hat Bildungscontrolling?

Bildungscontrolling ist ein Führungsinstrument, das vor allem Informationen über die betrieblichen Abläufe darstellt und interpretiert. Ausgehend vom Leitbild fragt das strategische Controlling, tun wir die richtigen Dinge, um unseren Auftrag zu erfüllen (Frage nach der Ef-

ektivität). Die aus dem Leitbild abgeleiteten Ziele müssen in Übereinstimmung mit dem Leitbild stehen. Die richtigen Dinge zu tun, bedeutet neben der Erfüllung von Bildungszielen, die Existenz der Einrichtung zu sichern und gegenüber dem Personal die notwendige Fürsorge walten zu lassen. Dies ist nur dann möglich, wenn Formalziele wie ausreichende Liquidität und angemessene Rücklagenbildung nicht vernachlässigt werden.

Wenn das strategische Controlling überprüfen und helfen soll, die richtigen Dinge zu tun, soll das operative Controlling bei gegebenen Zielen Antworten finden, wie die Dinge richtig zu tun sind (Frage der Effizienz). Ziel sollte es sein, mit einem gegebenen Budget ein Höchstmaß an Zielerreichung zu erzielen. Qualitativ gesehen verlangt dieses Bildungscontrolling, die Anforderungen von Kunden und Teilnehmern zu erfüllen. Quantitativ interpretiert, sind Aufwand und Ertrag der Weiterbildung zu optimieren.

Operatives Controlling

Erfolgreiches Controlling hängt insbesondere davon ab, wie konkret die Entscheidungsträger ihre Ziele formuliert haben. Ähnlich wie eine Kursleiterin, die zu Beginn eines Seminars sich Klarheit über die Lernziele der Teilnehmer/innen verschaffen muß, um den Er-

folg einer Veranstaltung evaluieren zu können, benötigt Controlling präzise, möglichst quantitative Zielformulierungen. Hier offenbart sich ein großer Vorteil von Formalzielen, die in der Regel eine quantitative Messung zulassen und deshalb vergleichsweise leicht einen Soll-Ist-Vergleich ermöglichen. Instrumente hierbei sind die Kosten- und Leistungsrechnung, die Deckungsbeitragsrechnung, die Auftragsgrößen- oder die Engpaßanalyse. Unerlässlich für ein erfolgreiches Controlling auf Kostenebene ist die Finanzbuchhaltung und die Kosten- und Leistungsrechnung. In kleineren Einrichtungen finden wir dieses Instrument selten. Statt der doppelten Buchführung und einer Kostenstellenrechnung werden Einnahmen und Ausgaben in einfacher Haushaltsrechnung erfaßt. Sofern keine größeren Investitionen durchgeführt werden und damit über Abschreibungen der tatsächliche Werteverzehr erfaßt werden sollte, können bereits aus der einfachen Haushaltsrechnung Rückschlüsse auf Ausgaben pro Kurs, Fachbereich oder Regionalstelle gezogen werden.

Die Leistungsseite gestaltet sich dabei deutlich schwieriger in der Erfassung, weil das Leistungsergebnis einer Bildungseinrichtung weder mengen- noch wertmäßig befriedigend zu erfassen ist. In der Praxis haben sich eine Reihe von Indikatoren durchgesetzt, die

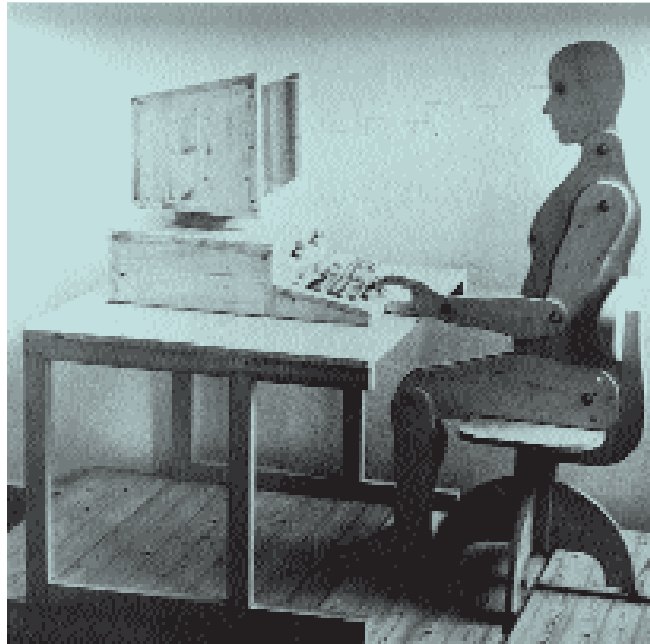
Kennzahlen im Bildungsbereich

Weiterbildungsinhalte	Teilnehmer	Kosten	Erfolg
<ul style="list-style-type: none"> ◆ Anzahl der Maßnahmen - pro Fachbereich - Ustd.-Anteil ◆ Anzahl neuer Maßnahmen/alte Maßnahmen (Innovationsgrad) ◆ Verhältnis - Einzelveranstaltung/Gesamt Ustd. - Gemeinwohl - politische Bildung - theologische Bildung ◆ Marktanteile ◆ Ustd. a. EBG Ustd. o. Finanzhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Stammkunden Erstkunden ◆ Mobilität (Herkunft) Berufssparten ◆ Veranstaltungen mit mehr als 10 Teilnehmern - durchschn. TN-Zahl - TN-Dichte ◆ örtl. TN-Struktur - Fachbereich - evtl. Kurse 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Kosten für Werbung - absolute Zahlen - nach Fachbereichen ◆ Kosten pro - Ustd. - Kurs - Programmplanung - Programmdurchführung ◆ Deckungsbeitrag ◆ zwischenbetrieblicher Vergleich ◆ Periodenvergleich 	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Anzahl der Teilnehmer ◆ Anzahl der Rückmeldungen, Anmeldezahlen/ - verhalten aufgrund der Sonderbroschüren ◆ Deckungsbeiträge - Bildung - Fachbereiche - Kurse ◆ Ustd. pro Pädagoge - Gesamt - anerkannte ◆ geplante/durchgeführte Maßnahmen ◆ Zusatzkurse

Rückschlüsse auf den quantitativen Erfolg zulassen.

Die Kennzahlen bedürfen der gemeinsamen Interpretation. Welcher absolute Wert bezüglich Werbeaufwand, Erstkundenzahl, Teilnehmerzahl oder Unterrichtsstunden ist optimal? Meist ist es jedoch notwendig, Relationen zu bilden, wie der Anteil politischer Bildung an der Gesamtbildung, oder Zahlen im Zeitablauf zu interpretieren, wie die Veränderung der durchschnittlichen Teilnehmerzahl pro Kurs.

Weitaus schwieriger als die quantitative Erfassung effizienten Kursgeschehens ist die qualitative Erfolgsmessung. Sie bereitet auch bei der Qualitätssicherung die größten Probleme. Die Qualität einer Weiterbildungseinrichtung definiert sich nicht nur über den leicht zu erfassenden Input, d. h. über die Ausbildung von Dozenten, die Ausstattung mit Medien, Kinderbetreuung, Aufenthaltsräume etc., sondern vor allem über die angestrebten Sachziele und deren Erreichung. Angefangen bei der Bedarfsanalyse, der Beratung über die Lernzielformulierung, Methodenauswahl, Kursmaterialien bis hin zum eigentlichen Lernen sind die Schritte zu analysieren und zu bewerten. Eine umfassende Evaluation der Kurse im Hinblick auf Lernerfolg und Transfererfolg ist zwingend notwendig, um über die Qualität verlässliche Auskünfte zu erhalten. Bei Kunden, die Teilnehmer zu den Seminaren entsenden, z.B. Arbeitsämter, Bezirksregierung, Firmen, spielt insbesondere der Transfererfolg eine wesentliche Rolle. Teilnehmern und Kunden Aussagen hierüber zu verwehren mit der Begründung, solche weichen Fakten ließen sich nicht ermitteln, bedeutet letztlich, diese im Unklaren über Qualität und Leistung zu lassen. Neben der Evaluierung bieten sich auch im qualitativen Bereich weitere Controlling-Maßnahmen an: Benchmarking mit Einrichtungen, die im Ruf stehen, es in dieser oder jener Beziehung besser zu machen, kontinuierlicher Verbesserungsprozeß mit allen Mitarbeitern,



Schwächen-Stärken-Analyse oder Qualitätszirkel.

Strategisches Controlling

Die Frage der Effektivität des eigenen Weiterbildungsangebots fällt in den strategischen Bereich und führt in der Regel zu weit gravierenderen Kurskorrekturen als die Frage nach der Effizienz. Zu den strategischen Controllinginstrumenten zählen u.a. die Potential- und die Portfolioanalyse, das Zielkostenmanagement wie die Prozeßkostenrechnung. Umstritten ist, inwieweit Marktanteil und Marktwachstum in Non-Profit-Unternehmen als Wettbewerbsfaktoren in Frage kommen (vgl. CH. Horak 1995). Gehen wir von einem Auftrag als Leitbild einer Einrichtung aus, mußte eine Volkshochschule zufrieden sein, wenn bei gleicher Qualität die regionale Weiterbildungsdichte durch andere, auch durch gewinnorientierte Einrichtungen realisiert werden kann und sich das eigene Engagement auf vernachlässigte Bereiche konzentriert. Tatsächlich finden wir aber in finanziell attraktiven Fachbereichen eine bunte Mischung von gewinnorientierten und gemeinnützigen Unternehmen vor, die zum Teil sogar direkt über den Preis konkurrieren. In unterrichtsstundenstarken Bereichen nimmt die Konkurrenz unter den gemeinnützigen Einrichtungen selbst deutlich zu. Neben der Mission findet sich deshalb,

meist implizit, im Leitbild durchaus die Vorstellung einer langfristigen Existenz der Einrichtung bis hin zum Wunsch nach Marktführerschaft und Wachstum. In dieser Beziehung unterscheiden sich gewinnorientierte und gemeinnützige Einrichtungen kaum noch.

Gerade die Portfolioanalyse bietet sich im Zeichen immer knapper werdender öffentlicher Mittel an, mit den eigenen Ressourcen zielgerichtet umzugehen. Dazu bedarf es einer grundlegenden Untersuchung, welchen Aufwand und welchen Ertrag die eigenen Veranstaltungen verursachen. Einzelveranstaltungen sind in der Regel mit einem

relativ hohen Aufwand verbunden (nicht nur finanziell, sondern auch in Zeiteinheiten gemessen). Ihr finanzieller Erfolg nimmt sich dagegen meist bescheiden aus. Auch der Lernerfolg innerhalb so kurzer Zeit ist umstritten. Wenn nicht besondere Gründe vorliegen, würde die Portfolioanalyse von ihnen abraten.

Anders dagegen die sogenannten Stars, Veranstaltungen mit hohem Marktanteil und hohem Teilnehmerzuwachs. Sie gilt es auszuweiten. Im Sinne der ABC-Analyse, die die meisten aus dem Zeitmanagement kennen dürften, empfiehlt es sich, die Veranstaltungen je nach den Zielen der Einrichtungen in Prioritäten einzuordnen und den Zeitaufwand den Veranstaltungen und Kunden zu widmen, die die höchste persönliche pädagogische Priorität genießen.

Schlußbemerkung

Controlling bedeutet zielgerichtetes, zielbewußtes Handeln und Entscheiden. Auch wenn dieses Instrument zunächst für gewinnorientierte Unternehmen konzipiert wurde, ist eine Übertragung auf Bildungseinrichtungen möglich. Die größten Schwierigkeiten der Umsetzung und erfolgreichen Anwendung liegen zum Teil in den erheblichen Ressentiments gegenüber allem Betriebswirtschaftlichen, zum anderen aber auch in der Schwierigkeit, Bildung und Bil-

derungserfolge zu quantifizieren und zu präzisieren. Je nachdem, welche Ziele eine gemeinnützige Einrichtung verfolgt, ist diese notwendige Aufgabe leichter oder schwerer zu lösen. Allerdings sollte nicht verkannt werden, daß der Weiterbildungsmarkt längst ein gemischter Markt ist, in dem gewinnorientierte und gemeinnützige Unternehmen zum Teil um die gleichen Zielgruppen konkurrieren. Auch bewirkt eine zum Teil erhebliche Kürzung öffentlicher Gelder, daß der öffentliche Auftrag nicht mehr wie früher erfüllt werden kann. Die vom Land geforderten Unterrichtsstunden sind eben nicht nur in Bereichen zu erzielen, in denen es keine Konkurrenz gibt. Daraus folgt, daß auch gemeinnützige Einrichtungen nicht nur zur besseren Steuerung ihrer pädagogischen Ziele, sondern auch, weil sie zunehmen, zu Wirtschaftsunternehmen werden. Eine Steuerung ihrer Kosten und Leistungen durch Controlling ist notwendig. Bildungscontrolling im engeren Sinne umfaßte zunächst nur die Steuerung des Aufwandes und Ertrages von Weiterbil-

dung für ein Unternehmen. Die Evaluierung der Maßnahmen und die Qualitätssicherung zielen in eine ähnliche Richtung. Bildungscontrolling im weiteren Sinne umfaßt neben Evaluierung und Qualitätssicherung die gesamte Steuerung von Bildungseinrichtungen. Wenn auch Bildungseinrichtungen zu lernenden Unternehmen werden wollen, müssen sie sich über den Nutzen und den Aufwand ihres Handelns bewußt sein.

Literatur:

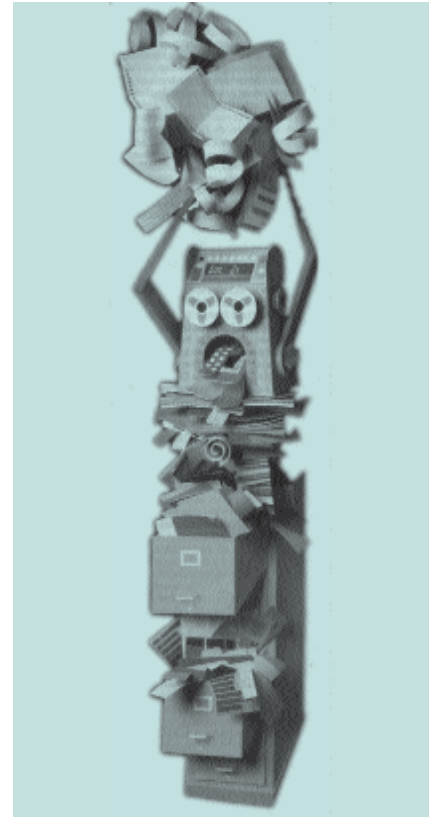
Jörg E. Feuchthofen/ Eckhart Elvering (Hrsg.): Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung in der Weiterbildung, 1995, Neuwied

Christian Horak: Controlling in Non-Profit-Organisationen, 2. Aufl. 1995 Wiesbaden

Georg v. Landsberg/ Reinhold Weiss (Hrsg.): Bildungscontrolling, 2. Aufl. 1995 Stuttgart

Ekkehard Nuissl: Leitung von Weiterbildungseinrichtungen, 1998, Frankfurt/Main

Hilmar J. Vollmuth: Controllinginstrumente von A - Z, 4. Aufl. 1998, Frankfurt/Main



Die Volkshochschulen Niedersachsens im Wandel

Evaluationsbericht der Volkshochschulen und des Volkshochschullandesverbandes

DR. HANS-GEORG BULLA*

Das neue niedersächsische Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG) vom Dezember 1996 verpflichtet alle vom Land geförderten Einrichtungen und Organisationen dazu, ihre Bildungsarbeit regelmäßig zu evaluieren. Die 70 niedersächsischen Volkshochschulen und der Landesverband legen jetzt den ersten Evaluationsbericht vor, in dem sie ihre Entwicklung der letzten Jahre kritisch analysieren und bewerten.

Mit dieser Evaluation werden Strukturen, statistische Daten und Leistungsprofile der Volkshochschulen einer Prüfung unterzogen, die sowohl vom eigenen Aufgabenverständnis als auch von den externen Vorgaben durch Politik und Gesellschaft ausgeht. Ziel ist es dabei, eine problemorientierte Bewertung der Arbeit der Einrichtungen vorzulegen, die neue Perspektiven und Weiterentwicklungen ermöglicht.

Die Volkshochschulen Niedersachsens befinden sich gegenwärtig in einem Strukturwandel hin zu modernen kommunalen Dienstleistungsunternehmen in Sachen Weiterbildung, Arbeit und Kultur. Mit ihren umfassenden Bildungs- und Beratungsangeboten, mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und sozialverpflichteten Projekten, mit einem breiten Spektrum kultureller Veranstaltungen und Initiativen leisten sie einen eigenständigen Beitrag zum öffentlichen Leben und zur Entwicklung ihrer jeweiligen Kommune und Region.

Die Förderung durch das Land hat sich rückläufig entwickelt, und auch bei den kommunalen Zuschüssen ist mit Einschnitten zu rechnen. Der Hauptanteil der Einnahmen stammt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die mit

ihren Kursgebühren zu einem Drittel die Arbeit ihrer VHS (1996: 32,1%) selbst finanzieren, das sind immerhin 74,5 Mio. DM. Dahinter rangierten die Landesförderung mit einem Fünftel (1996: 20,8%) und die kommunalen Zuschüsse mit weniger als einem Fünftel (1996: 18,6%).

Als vierte Finanzierungsquelle haben Drittmittel, Projektmittel und andere Einnahmen (EU-Mittel, Arbeitsförderung usw.) zunehmend an Bedeutung gewonnen und auch die Entwicklung der VHS-Programme in den letzten Jahren bestimmt.

Die niedersächsischen Volkshochschulen holen so mehr als ein Viertel aller von den Volkshochschulen bundesweit eingeworbenen Drittmittel ins eigene Bundesland. Sie führen rund 30% der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Auftragsmaßnahmen, individuelle Förderung nach AFG) aller deutschen Volkshochschulen durch.¹

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Volkshochschulen über verschiedene Ermäßigungsregelungen bei den Teilnahmegebühren sowohl eine Gegensteuerung zu sozialen Ausgrenzungen versuchen als auch bestimmte Programmbereiche aus bildungspolitischen Gründen fördern. Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Situation scheint jedoch insgesamt die Grenze der finanziellen Belastbarkeit der Teilnehmenden erreicht zu sein.

Die Volkshochschulen müssen sich in einem wachsenden Weiterbildungsmarkt zunehmend unternehmerisch betätigen, ohne dabei als gemeinwohlorientierte Einrichtung den gesellschaftlichen Auftrag und die Bildungsbedürfnisse der Erwachsenen zu vernachlässigen. Deren Ansprüche an Weiterbildung und an ein lebensbegleitendes Lernen haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Volkshochschulen haben

darauf mit differenzierten, anwendungsorientierten Veranstaltungsangeboten reagiert. Längerfristige Lehrgänge, kompakte Seminare, aber auch kurzfristige Veranstaltungen gehören dazu. Weiterbildungspartnerschaften mit örtlichen Organisationen, Firmen oder Gruppen haben sich entwickelt. Die Volkshochschulen sind zu Ganztageseinrichtungen mit Angeboten von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends geworden, sowohl in der Woche als auch an den Wochenenden und über die traditionellen Semester Grenzen hinweg auch in den Sommer- und Winterferien.

1996 haben die niedersächsischen Volkshochschulen 63.868 Kurse und andere Veranstaltungen durchgeführt, die insgesamt 2.232.194 Unterrichtsstunden umfaßten und von 962.411 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Rund drei Viertel sind Frauen, die Altersgruppe der 25-50jährigen stellt rund zwei Drittel der VHS-Besucher.²

Zu den größten Programmbereichen mit den meisten Kursangeboten zählen nach wie vor die Bereiche Sprachen, Berufliche Bildung, Gesundheitsbildung und Kulturelle Bildung, deren Entwicklung durch jeweils unterschiedliche Merkmale bestimmt sind: Der Sprachbereich hat sich mit vielfältigen Kurskonzepten zur Sprachenschule schlechthin entwickelt; die Berufliche Bildung ist geprägt durch ein ausgebauten Angebot der EDV-Weiterbildung; die Gesundheitsbildung hat in den letzten Jahren die größten Zuwächse verbucht, ist jetzt aber auch von den Folgen der Gesundheitsreform betroffen; über das Kursangebot in der Kulturellen Bildung hinaus werden die Volkshochschulen immer mehr zu eigengewichtigen Kulturzentren.

Sehr unterschiedlich stellt sich die Situation in Bereichen wie Alphabetisie-

* pädagogischer Mitarbeiter des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens e.V.



rung, Zweiter Bildungsweg, Frauenbildung oder Politische Bildung dar. Am deutlichsten sind die Veränderungen in der Frauenbildung, die auf einer Verlagerung der Weiterbildungsinteressen der Frauen hin zu Themen der Persönlichkeitsentwicklung, vor allem aber der beruflichen Qualifikation beruhen.

Zu den Kursangeboten und Veranstaltungen in den Programmbereichen sind in den Volkshochschulen neue Arbeitsfelder und weiterbildungspolitische Aktivitäten hinzugekommen. Dazu zählen Projekte, Initiativen und Dienstleistungen in den Bereichen Kultur, Arbeit, Ökologie und Internationale Zusammenarbeit, aber auch Maßnahmen in der regionalen Beschäftigungs-, Standort- und Sozialpolitik. So haben Volkshochschulen Übungsfirmen, Beratungsstellen, Jugendwerkstätten und Selbstlernzentren eingerichtet.

Der Zuwachs an neuen Aufgaben, ein erweitertes Programmprofil und die veränderten Veranstaltungsformen führen dazu, daß die Arbeitsleistung der VHS nicht mehr mit den gewohnten statistischen Daten allein gemessen und bewertet werden kann. Zudem haben sich die innerbetrieblichen Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe ent-

sprechend verändert, oft verschärf durch Personalabbau und Arbeitsverdichtung. Viele Volkshochschulen haben zur Bewältigung dieser internen Probleme eigene Projekte einer Organisationsentwicklung in Angriff genommen.

Das niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz (EBG), das die staatlichen Förderleistungen regelt und erst vor zwei Jahren novelliert wurde, bleibt hinter der sich wandelnden Wirklichkeit von Volkshochschule und Erwachsenenbildung zurück. Wenngleich es etwa mit der hervorgehobenen Förderung der „gemeinwohlorientierten Bildungsarbeit“ eigene Vorgaben macht, hat es kaum noch Impulse und Entwicklungschancen geliefert. Die Regelförderung der VHS-Arbeit aus öffentlichen Mitteln muß jedoch erhalten bleiben, denn eine sozialverpflichtete Weiterbildung der Volkshochschulen ist weder über den Markt zu finanzieren noch marktförmig zu gestalten.

Neue Entwicklungen sind mit der Diskussion von Qualität in der Weiterbildung in Gang gekommen, die von den Volkshochschulen und ihrem Landesverband offensiv aufgenommen wurde und zu einem eigenen, bundesweit beachteten Konzept der Selbstevaluation und Qualitätssicherung geführt hat. Rund die Hälfte der Volkshochschulen arbeitet in einem „Qualitätsring“ zusammen, andere Volkshochschulen lassen sich nach der europäischen Qualitätsnorm ISO 9001 zertifizieren.

Der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens unterstützt mit verschiedenen Dienstleistungen die Arbeit seiner Mitgliedseinrichtungen. Dazu gehört die Entwicklung von Lehrgangs- und Prüfungssystemen, die Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, vor allem aber die Mitarbeiterfortbildung, die als zentrale Aufgabe im EBG und der Verbandssatzung festgelegt ist. Trotz Kürzung des Fördervolumens von 1993 bis 1997 um 62% ist die Anzahl der angebotenen Veranstaltungen nicht im gleichen Umfang zurückgegangen.³

An den niedersächsischen Volkshochschulen werden fast ein Drittel, bei landeseinheitlichen Prüfungen über die Hälfte aller Prüfungen an deutschen Volkshochschulen abgelegt. Die VHS-Prüfungszentrale des Landesverbandes

stellt dafür Lehrgangsmaterialien bereit und schult die Prüfenden. 1997 wurden rund 28.000 Prüfungen durchgeführt, seit 1982 sind es mehr als 350.000 Prüfungen.

Die niedersächsischen Volkshochschulen befinden sich in einer Übergangssituation - die Neuorientierung ist noch keineswegs abgeschlossen. Nicht alle 70 Volkshochschulen entwickeln sich in der gleichen Geschwindigkeit, da die Ausgangspositionen und die Rahmenbedingungen vor Ort jeweils unterschiedlich sind. Fest steht aber, daß alle die Herausforderungen des Weiterbildungsmarktes angenommen haben und sich als moderne öffentliche Bildungs- und Dienstleistungseinrichtungen verstehen. Die im Evaluationsbericht dargestellten offenen Fragen, Bewertungen und Folgerungen sollen Eingang finden in die weiterbildungspolitische Diskussion der nächsten Zeit.

Die Volkshochschulen Niedersachsens im Wandel

Evaluationsbericht der Volkshochschulen und des Landesverbandes der Volkshochschulen

70 Seiten (15 Übersichten mit Zahlen und Daten) Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V., Hannover 1998

¹ Die soeben bekannt gewordenen Daten für 1997 bestätigen diesen Trend: Kommunale Zuschüsse stagnieren. Der Anteil der Landesmittel sinkt auf unter ein Fünftel. Teilnehmergebühren steigen auf über 75 Mio. DM (Anteil: rd. 32%), andere Erträge und Drittmittel auf fast 71 Mio. DM (Anteil: rd. 30%).

² Bei geringfügigem Rückgang gelten diese Größenordnungen auch für 1997.

³ Nach zeitweise empfindlichen Rückgängen 1997 wieder rd. 300 Veranstaltungen und weit über 4.000 Belegungen.